

# VORWORT

Solidaritätspreis 3,- DM

Zeitung der  
Sozialistischen  
Alternative  
Vorant

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

G 10321 E

Nr. 175 November 1995

## Bildungs- Ausbildungs- & Arbeit für alle

„So etwas wie in Frankreich passiert hier nicht. Hier läuft doch alles viel mehr auf Kompromißbasis. Solche brütalen sozialen Einschnitte hat die Bundesregierung nicht vor.“? Bloßsinn! Diese Angriffe laufen schon seit Jahren, das „soziale Netz“ hat riesige Löcher.

**Claus Ludwig, Köln**

Kohl hatte den „großen Knall“ bisher nicht nötig: An vielen

Fronten haben die Unternehmer und ihre Regierung mit Beihilfe der SPD-regierten Länder und Kommunen kleine Erfolge erzielt. Arbeitslosigkeit und -hilfe wurden gesenkt. Mit der Preteversicherung wird die Umverteilung auf die Unternehmerkonten beschleunigt.

Für die Jugend sieht es immer düsterer aus. Trotz aller Versprechungen fehlen Ausbildungsplätze, an den Schulen und Universitäten sorgt die Kur-

zungspolitik dafür, daß Kinder aus ärmeren Familien immer mehr verdrängt werden. Die Bildung wird praktisch privatisiert: 30 Millionen DM werden wöchentlich für Nachhilfe ausgegeben.

**Arbeitslosigkeit steigt**

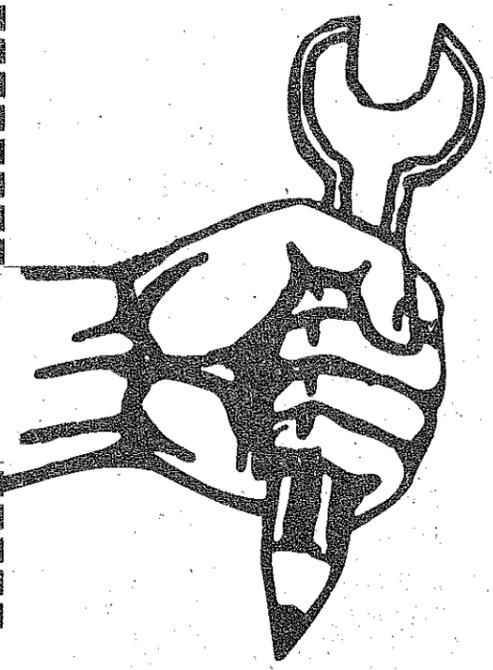
Nach all der Lohnzurückhaltung, die angeblich Arbeitsplätze sichern soll, steigen jetzt die Arbeitslosenzahlen. Der Auf-

schwung findet nur bei den Profien statt, nicht bei den Arbeitsplätzen. Das Wachstum wird schwächer. Schon spekulieren die Experten, ob nicht eine neue Wirtschaftskrise droht, die weitere Entlassungen und Betriebs-schließungen bedeuten würde.

Daß Chirac und Juppe mit einem großen Schlag die Sozialausgaben reduzieren wollen, liegt nicht an deren Dummheit oder mangelnder Kompromißfähigkeit. Frankreich liegt zurück beim großen europäischen Sozialabbau-Wettbewerb, auch hinter Deutschland. In den letzten Jahren sind in Frankreich viele Angriffe auf die Einkommen und Rechte der Arbeitnehmer fehlgeschlagen. Herbst 1993 haben die Air-France-Beschäftigten ihre Arbeitsplätze verteidigt. Im Frühjahr 1994 haben junge ArbeiterInnen, SchülerInnen und Studierende die Absenkung des Mindestlohns für Jugendliche verhindert. Bisher wurden immer wieder Anläufe zur Privatisierung der Bahn verhindert. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften sind viel stärker als die französischen Gewerkschaften. Doch gegen die Saureleien der Kohl-Regierung gab es wenig Gegenwehr, trotz der Kampfereitschaft vieler KollegInnen.

Bahn und Bundespost sind privatisiert worden. Die Verschlechterungen für die Beschäftigten erfolgten nicht auf einen Schlag, aber über mehrere Jahre gestreckt, zehntausende Arbeitsplätze werden vernichtet. Die Gewerkschaften haben oft das Schlimmste verhindert – und das Zweitschlimmste akzeptiert.

Wir können von den KollegInnen in Frankreich lernen. Sie zeigen, daß die im Maastrichter Vertrag vorgegebenen Sozialkürzungen nichts Umatstbares sind, sondern durch Streiks zurückgeschlagen werden können. Schon jetzt sind die Unternehmer und die ihnen treu ergebenen Politiker in ganz Europa unruhig, daß sich auch die Arbeitnehmer in anderen Ländern



## Jugend- Streiktag

Am 30. 11. und 6. 12. demonstrieren in vielen Städten tausende SchülerInnen und Azubis für ihr Recht auf Bildung und Ausbildung. 6000 kamen in Stuttgart, 8000 in Kassel, 1500 in Bremen, 500 in Frankfurt, 1000 in Köln.

Diese Aktionen zeigen: Viele Jugendliche wollen kämpfen, glauben nicht mehr den Beruhigungsspielen der Politiker. Das ist ein guter Anfang, um 1996 stärkere Proteste zu organisieren und Kürzungen zurückzuschlagen.

In einigen Städten liefen die Aktionen von SchülerInnen, Studierenden und Azubis noch getrennt. Doch die SAV und JO/IRE haben die Initiative ergriffen, gemeinsam zu demonstrieren. In Kassel hat dies sehr gut funktioniert.

Für 1996 schlagen wir die Organisation eines bundesweiten Jugendstreiktages vor, um die Angriffe auf das Bildungswesen und unsere Zukunft abzuwehren. Die französischen ArbeiterInnen und Jugendlichen zeigen, daß es sich lohnt zu kämpfen.

Doch um einen Jugendstreiktag zum Erfolg werden zu lassen, muß hart gearbeitet werden. SAV und JO/IRE werden das nicht alleine schaffen. Wir fordern die DGB-Jugend und die Jugend der Einzelgewerkschaften sowie alle Schüler- und Studentenvertretungen (und alle VOR-AN-LeserInnen) auf, die Forderung zu unterstützen und einen Jugendstreiktag vorzubereiten.

## Infos und Kontakte:

JRE-Bundesbüro

Tel. 02 21 / 13 45 05

Fax 02 21 / 13 45 06

gegen das Europa der Konzerne weiter vom Gürtel-engerwehren. Bestätigen wir ihre Befürchtungen!

### Bündnis für Arbeit?

1996 wird die Steuer- und Abgabenlast für Arbeitnehmer ein Rekordhoch erreichen, die Belastung für Unternehmer sinkt weiter. Im Gesundheits- und Bildungswesen werden immer mehr Lasten nach unten verteilt. Die IG-Metall-Führung hofft, daß ihr Angebot „Bündnis für Arbeit“ zu neuen Arbeitsplätzen führt. Aber Kohl und die Konzernne nutzen dieses nur, um die Propaganda für den Lohnverzicht zu verstärken und reden

weiter vom Gürtel-engerwehren. „Schau, jetzt sogar eure Gewerkschaft, daß Lohnverzicht Arbeitsplätze bringt.“

Beim Pausch mit dem Kanzler wird nichts Positives für die Arbeitnehmer herauskommen. Stattdessen sollten IGM und andere Gewerkschaften die Gegenwehr gegen Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung und Lohnraub zusammenführen. Die Jugendlichen könnten mit gutem Beispiel vorangehen. Ein gemeinsamer Streiktag von Auszubildenden, SchülerInnen und StudentInnen wäre ein gutes Signal für die „älteren“ KollegInnen.



Demo in Paris: In den letzten Jahren haben französische Jugendliche alle Verschlechterungen abgewehrt. Die Studenten haben zusätzliche Mittel für das Bildungswesen erkämpft.

# Ihr da oben ...



## Lebensstil

Maya Flick, geborene Graf-Schönburg-Glauchau und Schwester der Gloria von Thurn und Taxis, beklagte sich in einem Interview mit der Londoner Times, daß sie ihren Lebensstil um 80 Prozent einschränken müsse. Im Scheidungskrieg mit ihrem Ehemann, dem Dalmer-Benz Erben Friedrich Flick, fordert sie Gerechtigkeit: „Wenn ich so sehe, auf welchem Standard meine Freunde leben.“ Zur Untermauerung ihrer Forderung nach weiteren schlappen 80 Millionen DM Abfindung legte sie einen detaillierten Haushaltsplan vor, der das Aller-notwendigste abdeckt.

Darin enthalten: sind: 150 000 DM Kleidergeld, 15 000 Benzngeld, 180 000 für Reisen mit und ohne Kinder, 24 000 DM Telefongeld, 10 000 DM für die Hausbar, 100 000 für Party, 1,2 Millionen für diverse Wohnsitze sowie 9000 DM für Hundefutter. Für die Reitpferde will sie allerdings selbst aufkommen...

## Ware statt Geld

Der Karstadt-Konzern hat das Weihnachtsgeld 1995 in Form von Einkaufsgutscheinen an seine MitarbeiterInnen ausgeschüttet. In Rußland ist man da schon einen Schritt weiter. In der sibirischen Stadt Barnaul hat eine Streichholzfabrik, die in Liquiditätsschwierigkeiten war, ihren Arbeitern den Lohn in Streichhölzern ausbezahlt: pro Kopf gab es 5000 Schachteln.

Wir dürfen gepant sein, wann hierzulande der erste Klopapierfabrikant die neue Zahlungsweise einführt.

## Doppelmoral

Der Chef der Arbeiterpartei Kurdistan PKK, die von türkischer und deutscher Regierung als terroristische Vereinigung eingestuft wird, hatte im November 95 hohen Besuch: Der Geheimdienstkoordinator im Bundeskanzleramt, Bernd Schmidtbauer, und der CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer gaben sich die Ehre, mit „Apo“ Öcalan in seinem Exil in Damaskus zu plaudern. Lummer plädierte anschließend sogar für einen Dialog der türkischen Regierung mit der PKK.

Den Innenministern und Polizeibehörden der Länder scheint das entgegen zu sein. Ebenfalls im November verhielten sie kurdische Demonstrationen mit riesigen Polizeiaufgebot, und ja-gen nach wie vor jedem Kurden hinterher, der es wagt, ein Bild von „Apo“ oder ein PKK-Fähnchen zu schwenken.



# Wir unten

Jugend gegen Rassismus in Europa

# Wir brauchen eine starke linke Jugendorganisation



JRE - seit 1992 aktiv gegen die Nazis

**Schulstreiks, Studentendemos, Azubiaktionen: auch in Deutschland regt sich langsam der Widerstand. Wir brauchen nicht mehr nur in Frankreich zu schreiben nach**

## Tanja, JRE- und SAV-Mitglied, Aachen

Das erste Problem auf das man stößt: Es gibt keine linke Organisation, die der Kahlschlagpolitik entgegentritt und wo man das Gefühl hat: „Wenn ich hier mitmache, dann kann ich etwas verändern.“

In die SPD setzt keiner mehr große Hoffnungen. Auch bei PDS und Grünen treten kaum Leute ein. Sie reden zuviel von „Realpolitik“ und zeigen zu wenig, was man erreichen kann.

Genauso geht es ihren Jugendorganisationen: „Jusos“, Junge Grüne, AG Junge Genossinnen. Sie haben hier realpolitischen Positionen ihrer „Mutterorganisationen“ wenig entgegenzusetzen. Und vor allem muß man sich sehr genau in der politischen Landschaft auskennen, um zu wissen, daß es sie gibt und daß man sogar mitmachen kann.

Keine Organisation organisiert den Protest von Schülern, Stu-

denten, Azubis, Arbeitnehmern, Arbeitslosen. Keiner bringt die spontanen Proteste zusammen und vernetzt sie bundesweit und international. Keiner ermutigt Leute, die das erste mal aktiv geworden sind, sich zu organisieren und systematisch gegen die Schweinereien vorzugehen. Keiner? Doch - „Jugend gegen Rassismus in Europa“ hat im Kampf gegen Nazis und Rassismus einen erfolgreichen Anfang gemacht. In drei Jahren seit der JRE-Gründung haben JRE-Gruppen Nazi-Aktivitäten verhindert, sind der rassistischen Hetze entgegengetreten und haben jugendliche organisiert, die davor mit Politik nichts am Hut hatten.

Aber wie der Name schon sagt, war der Schwerpunkt der Aktivitäten von JRE bisher der Antirassismus. Und das war auch gut so, da in den letzten drei Jahren der Kampf gegen Nazis das Hauptthema war, über das jugendliche aktiv geworden sind.

Doch nun regt sich der Widerstand auch in anderen Bereichen. Es gab Proteste gegen Castro-Transporte, Brent-Spar, Atomtests, Studiengeldern für Studenten und die Protestaktionen von JRE, SAV, Bundes-schülerInnenvertretung, DGB-Jugend und anderen für Bildung und Ausbildung für alle.

Und das war erst der Anfang, mehr und mehr Leute suchen eine Möglichkeit, selbst aktiv zu werden. Es ist an der Zeit eine starke linke Jugendorganisation aufzubauen und JRE kann der Grünschein dafür sein.

Daher haben SAV-Mitglieder bei JRE vorgeschlagen, dieses Ziel in Angriff zu nehmen. JRE kann eine Organisation von und für alle jugendliche werden, die für ihre Zukunft kämpfen wollen. Sie kann die linke, unabhängige Kraft sein, die den Pro-

test sowohl gegen Nazis und Rassismus als auch gegen Bildungsabbau, für Lehrstellen, für die Übernahme, gegen jede Kürzung im Jugendbereich organisiert.

Doch bisher wird dies durch das Image und den Namen von JRE noch nicht deutlich genug. JRE wird oft als unterstützende Organisation gesehen, bei der man mitmachen kann, wenn man in erster Linie gegen Rassismus ist. Daß JRE sich als Interessenvertretung für Schüler, Azubis, Studenten und Arbeitslose versteht, war bisher zu wenig zu sehen.

Unser Vorschlag ist es, den Namen zu „Jugendoffensive“

JO/JRE“ zu erweitern. Es muß deutlich werden, daß JRE nicht nur gegen Bildungsabbau ist, weil die Kürzungen der Nahboden für Rassismus sind. JRE ist dagegen aktiv, weil wir uns unsere Zukunft nicht kaputtmachen lassen wollen.

Viele JRE-Gruppen haben diesen Vorschlag schon für sich beschlossen. Ich bin sicher, daß auch die JRE-Bundeskonferenz in der „Erweiterung“ den Weg sieht, unserem Ziel näher zu kommen. Die JRE-Kampagne „Jugendoffensive für Bildung und Ausbildung für alle“ hat schon in kurzer Zeit viel erreicht.

## Programm der SAV

### Arbeit und Ausbildung

- ★ Arbeit für alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Mindestlohn von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Qualifizierte Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Für Schüler Studenten und Azubis ab 16 Jahre mindestens 1500 DM netto

### Wohnen

- ★ Sofortiger Mietestop und Begrenzung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenfreie kommunale Wohnungsvermittlung
- ★ Erteilung großer privater Wohnungsbestände
- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen im Jahr

### Soziales

- ★ Nein zu „Solidarbeitrag“ und Ergänzungsabgabe
- ★ Rücknahme aller Kürzungen der Kohl-Regierung
- ★ Kostenloses staatliches Gesundheits- und Pflegesystem
- ★ Massiver Ausbau von Schulen und Hochschulen

### Bundeswehr

- ★ Radikale Abrüstung und Stopp von Rüstungsexporten
- ★ Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf sinnvolle zivile Produktion
- ★ Kein Einsatz der Bundeswehr gegen Arbeiter und Demonstranten, kein Einsatz im Ausland
- ★ Streikrecht und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Soldaten
- ★ 1500 DM Mindestlohn bzw. Lohnfortzahlung für Soldaten und Zivilangestellte

### Umwelt und Verkehr

- ★ Sofortige Stilllegung aller AKW und Stopp von umweltzerstörerender Produktion bei voller Lohnfortzahlung für die Beschäftigten
- ★ Müllvermeidung und Recycling, sofortiger Baustopp für Müllverbrennungsanlagen

### Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Keine Privatisierung, Verstaatlichung aller Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung
- ★ Für eine demokratische Planwirtschaft, in der die Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt wird
- ★ Wahl- und jederzeitige Abwahlbarkeit aller Funktionäre in Wirtschaft und Staat. Keine Privilegien für Funktionäre, sondern durchsichtige Facharbeiterlöhne

# „Sie können den Krieg haben.“

Frankreich: Augenzeugenberichte von den Streiks

In Rouen hat ein erstes regionales Treffen von Abgeordneten der meisten streikenden Betriebe stattgefunden, einschließlich der Universität, einer Schule, dem Arbeitssosienkomitee der CGT (Kommunistischer Gewerkschaftsverband) etc. Dies ist ein erster Anfang für ein überregionalen Streikkomitee, was von einigen Gewerkschaftsfunktionären gar nicht gern gesehen wird.

Auf einer Generalversammlung der Eisenbahner von Rouen konnte ich vor 600 Kollegen eine von der SAV organisierte Solidaritäts-Erklärung von Vertrauensleuten und Kollegen von VW Kassel verlesen.

Immer wieder wurde ich dabei von Applaus unterbrochen. Besonders ein Satz der Erklärung: „Euer Kampf ist unser Kampf und ein Sieg wäre eine Niederlage für die Kapitalisten Europas“ und wurde mit dem Sprecherhor „Wir werden siegen“ beantwortet. Die Solidaritätserklärung wird jetzt von den Kollegen plakatiert.

## Helgard Schulze, zur Zeit in Rouen, 11. 12.

Eine Studentin sagte: „Am Anfang ging es nur um Bleistift und Radiergummi, heute fördern wir den Rücktritt der Re-

gierung.“

In Bayonne warfen Demonstranten Rauchbomben in den Garten des Regierungssprechers und riefen: „L'amasouré's Villa für die Obdachlosen.“

Die Verhandlungsbereitschaft der Gewerkschaftsleitungen stößt auf zum Teil erbiterten Widerstand der Basis. Auf einer Demo riefen Arbeiter „Generalstreik gegen den Plan Juppé-Nataf“ (Nicole Nataf, Chefin des Gewerkschaftsverbandes CFDT, hatte zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgeufen). Streikende CFDTler tragen jetzt Aufkleber „CFDT im Kampf“

In Umkehrung des „Demosalltags“ sind streikende Arbeiter auf dem Flughafen Orly mit Wasserwerfern und Schaumtpepichen gegen die Spezialpolizei CRS vorgegangen.

## Gaetan Kayitare, zur Zeit in Caén, 11. 12.

„Sie reden von Dialog uns schicken die CRS“. „Wenn sie den Krieg, können sie ihn haben“, sagte ein Bergarbeiter.“

Ein Postler sagte: „Wir streiken nicht nur für uns, für unsere Rente und Arbeitsplatzgarantie, sondern auch für die Benutzer der Post.“ Die Chef-Etage verlangt von uns, daß wir nur noch von „Kunden“ sprechen, aber wir sprechen nach wie vor von Benutzern, um sie zu ärgern. Kunde heißt, daß der Service sich nach dem Portemonnaie richtet.“

# BILDUNG + AUSBILDUNG FÜR ALLE

Kassel erlebte am 6. 12. die größte Demonstration seit dem Golfkrieg 1991 (Bild rechts). Unter dem Motto „Bildung, Ausbildung und Arbeit für alle“ gingen zum erstenmal Auszubildende, SchülerInnen und Studierende gemeinsam auf die Straße. Mit weit über 5000 Teilnehmern, Schätzungen gingen bis 8000, war die Demonstration ein großer Erfolg.

**Frank Klebes, Kassel**

Azubis von Thyssen, VW, Mercedes, den Städtischen Kliniken, SchülerInnen von Berufsschulen, Gesamtschulen und Oberstufen sowie zahlreiche StudentInnen waren dabei. Diese große Mobilisierung erfolgte trotz einer massiven Einschüchterungskampagne des Schülerrates, des Arbeitgeberverbandes und der Wirtschaftsvereinigung Nordhessen. Das Schlaraffenland hatte eine Aktivistin des Schüleraktionskomitees (SAK), Stephanie Richter, mit einem Bußgeldverfahren belegt, weil sie für ein Flugblatt presserichtig verantwortlich zeichnete, welches von einer Anti-Atomtest-Demo während der Schulzeit aufrief.

Mit Presseklärungen und Unterschriftenaktionen protestieren wir gegen diesen Einschüchterungsversuch. Es setzte eine Solidaritätswelle ein. Unterstützung kam von Studenten, Gewerkschaften und Betriebsräten. Sogar die Stadtratsordnen-Fraktionen von CDU und FDP sahen sich gezwungen, einer Resolution zuzustimmen, die die Rücknahme des Bußgeldes forderte.

Im Regionalfemsen kam ein Bericht, zwei Wochen lang war das Thema in der Regionalpresse. Die Solidarität bewirkte den Rückzug des Schülerrates. Nachdem der Gesetzesvorstoß klargestellt ist, kann das Verfahren eingestellt werden, zumal hier eine besondere öffentliche Situation entstanden ist. Viele haben auf uns eingetroffen.

## Köln

### Bildungsklaue + Schülerpower = Streik

„Aufmhr, Widerstand, Jugendstreik im ganzen Land“, war die lauteste Parole der Schülerstreikdemo am 30. 11. in Köln.

**Falko Daub, Köln**

Jugendoffensive/JRE und SAV hatten zusammen mit der Bezirksschülervertretung, den Studienvertretungen von Hochschule und Uni und der DGB-Jugend zum Schulstreik gegen die miserable an den Köhler Schulen und die von den Kirchengruppen geprägte Bildungspolitik aufgerufen. Trotz teilweise massiven Drucks von seiten der Rektoren sind über 1000 Schüler von 17 Schulen – Gymnasien-, Gesamt-, Real- und Hauptschulen dem Aufruf gefolgt.

Eine Delegation versuchte noch vor Beginn der Demo, die SchülerInnen einer nahegelegenen Schule zu mobilisieren, doch die Rektion empfing sie mit „offenen Armen“, jedoch nur, um die von ihr abgeschlossenen Türen zu schützen. Sie wollte uns weismachen, daß keiner ihrer SchülerInnen auf die Demo gehen will. Auf unsere Frage, ob sie nicht Druck ausüben, verneinte sie dies und schloß die Türen auf. Als dann doch einige SchülerInnen wagten, sich an ihr vorbedrückten, verabschiedete sie diese

(Schülerleiter). Nur die Junge Union und die REPs verteidigten die Strafmaßnahme bis zum Ende.

### Jugendstreiktag!

Die Einschüchterung schlug in Mut und Selbstbewußtsein um. Die Mobilisierung für den 6. 12. wurde stärker. Das Schlaraffenland erklärte schließlich die Demonstration zu einer guten Sache und gab den Schülern frei. Dies paßte dem Arbeitgeberverband überhaupt nicht. Er kritisierte die Demo während der Schulzeit. Über Radio und Zeitung ließ er verkünden, daß Berufsschüler nicht an der Demonstration teilnehmen könnten. Sie hätten einen Ausbildungsvertrag mit den Betrieben und nur diese könnten eine Freistellung aussprechen.

Die Demo hat gezeigt, daß die Jugend bereit ist, für ihr Recht auf Bildung, Ausbildung und Arbeit auf die Straße zu gehen. Es ist eine Warnung an Holzappel (heussische Kultusministerin), Kohl und die Unternehmer: Wir lassen uns unsere Zukunft nicht verbauen! In ganz Hessen gingen 10 000 Azubis, Schüler und Studenten auf die Straße. Die IG Metall organisierte die Proteste für Ausbildungsplätze und Übernahme unter dem Motto: „Deine Einstellung zählt“ federführend mit. Trotz der organisatorischen und politischen Schwäche der IGM hat sich in Kassel gezeigt, daß der Kampf bei Jugendlichen vorhanden ist. Doch die IGM-Führung setzt auf Verhandlungen. Die „Kanzlerrunde“ am selben Tag wurde ergebnislos in das nächste Jahr verlagert.

Doch mit dem 6. 12. dürfen die Aktionen nicht zusehen lassen. Dies forderte in ihrer Rede Stephanie Nitschke, JAV-Vorsitzende der Städtischen Kliniken und SAV-Mitglied. Wie auch andere RednerInnen forderte sie von den Gewerkschaften die Organisation eines bundesweiten Jugendstreiktages 1996.



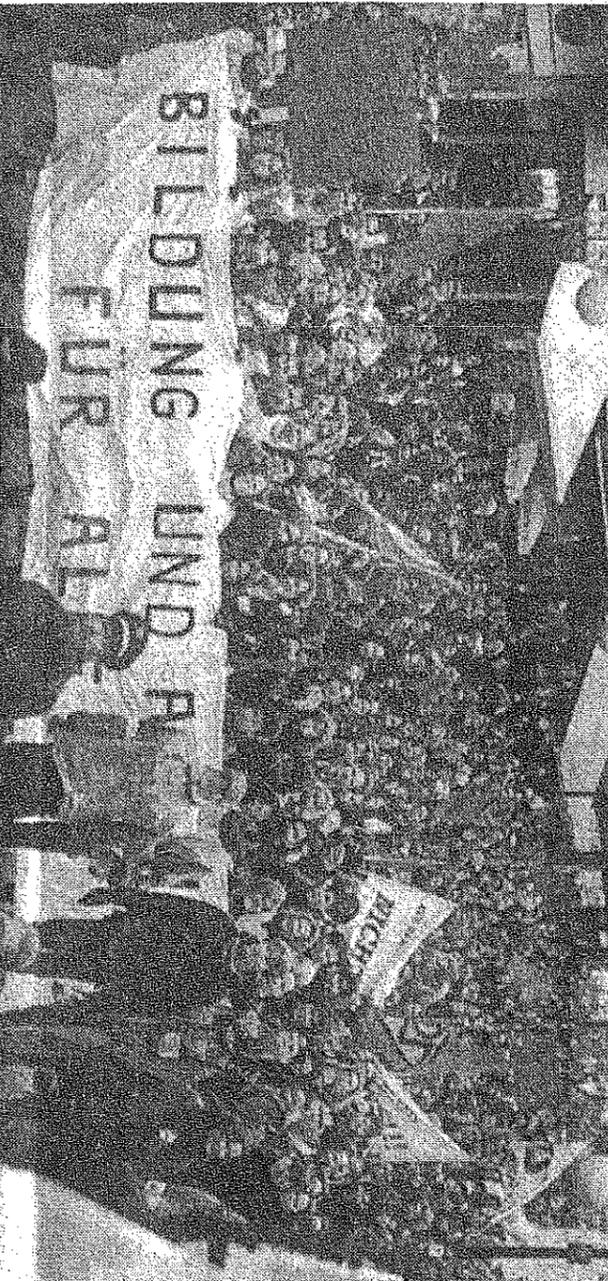
Köln: Auch viele sehr junge Schüler kämpfen gegen Kürzungen

mit den Worten: „Wenn ihr jetzt geht, braucht ihr nicht wiederzukommen.“

Doch mit solchen Aktionen auch an anderen Schulen erreichten die Rektoren nur das Gegenteil: die Demonstration war sehr kämpferisch.

Auf den Kundgebungen sprachen Redner von JO/JRE, der SAV, der Internationalen Jugend, der Bezirksschülervertretung, des ASten von FH und Uni und der DGB-Jugend auch

„Werden wir nicht übernommen, wird es wie in Frankreich kommen“



## Stuttgart

### Schüler streiken, Rektoren fluchen

6000 SchülerInnen waren am 8. 12. bei Streik und Demonstration auf dem Karlsplatz. Für den Schülerrat ist dies ein riesiger Erfolg. Rektoren und Schulbehörde hatten zuvor massiv versucht, die SchülerInnen einzuschüchtern. Bußgelder androht, die Hälfte aller Schüler wurde am Streiktag abgeschlossen.

**Tinette Schnatterer, Stuttgarter Schülerrat**

Doch sie konnten die Schüler nicht stoppen, die Stimmung für den Streik war überwältigend. Schon im Frühjahr hatte

der Schülerrat (SSR) verstärkt Aktionen durchgeführt. In Baden-Württemberg fehlen allein 2200 LehrerInnen, um den jetzigen Stand, der schlecht genug ist, aufrechtzuerhalten. Der Schülerrat fordert daher die sofortige Einstellung von 3000 neuen LehrerInnen.

Schon in den Wochen vor dem Streik waren Vertreter von immer zu Schulen zu den SSR-Treffen gekommen. Verschiedene Aktionen, von Pausen-Warnstreiks mit 800 Beteiligten bis zu der gemeinsamen Demonstration mit den Azubis (S. 4) waren gelaufen. Sprecher des Kultusministeriums wiesen darauf hin, wie

„unrealistisch“ unsere Forderungen seien, das Geld sei nicht da. Aber „unrealistisch“ ist vor allem, daß bei schlechter werdenden Standards Bildung für alle gewährleistet wird.

Die hysterischen Reaktionen vieler Schulleiter, die den SSR als „illegale Organisation“ beschimpften, schon beim Pausen-Warnstreik den Schülern Megaphone entrisen und Schulergruppen-Treffen verboten, zeigt die Angst der Obrigkeit vor einer großen Schülerbewegung. Natürlich sei die Situation des schwierig, das geben sie zu. Aber daß die Betroffenen sich einmischen und nicht mit dem zufrieden sind, was sie zu-

geteilt bekommen, das ist doch die Höhe!

Der SSR wird sich weiter treffen und die nächsten Aktionen vorbereiten. Wenn wir es jetzt schaffen, noch stärker mit Auszubildenden und Gewerkschaftsjugend zusammenarbeiten und auch die LehrerInnen-Gewerkschaft GEW und die Eltern-Vertretungen mit einzubeziehen, dann wird es in Baden-Württemberg schwierig für die Große Koalition weiter auf unserem Rücken zu sparen. Dann werden wir wie die Studierenden in Frankreich mehr Mittel für unsere Bildung erstreken.

## Berlin

### „Wir sind nicht alle ...“

Im Rahmen der IG Metall-Jugend-Kampagne „Deine Einstellung zählt“ fanden am 6. 12. zwei DGB-Jugend-Aktionen in Berlin statt. Frühmorgens kamen 500 Bahn-Azubis zu einer Kundgebung an der Ausbildungsstätte Grunewald zusammen, um für deren Erhalt und die Übernahme der Ausbilder zu demonstrieren.

**Christiane, JO/JRE Berlin-Treptow**

Die Stimmung war sehr kämpferisch. Ein Vertreter vom Vorstand der Eisenbahner-Gewerkschaft berichtete, daß die Überstunden bei der Bahn AG in diesem Jahr von 5 auf 7 Millionen gestiegen sind und das bei einer um 12 000 Beschäftigten verkleinerten Belegschaft. Die Übernahme der Azubis ist dringend nötig.

Kurzzeitig – nach Meinung der Jugendlichen viel zu kurz – wurde die Autobahn blockiert. Die Rede von Jugendoffensive/JRE mit der Forderung nach einem Jugendstreiktag wurde mit viel Beifall aufgenommen.

Am Nachmittag fand die Demo am Alexanderplatz statt, an der sich rund 350 beteiligten. Eine provisorische Ausbildungsstätte aus Pappkartons

wurde errichtet, die Leute legten sich auf die Straße. Eine Delegation von der Freien Universität kam lautstark dazu. Nach einigen Redebeiträgen zogen wir mit viel Lärm vor das „Rote Rathaus“.

Dort redeten die Arbeitssensatorin Bergmann, SPD: „Ihr müßt nur alle SPD wählen“ und ein weiteres Senatsmitglied von der CDU: „Noch nie gab es so viele Lehrstellen wie heute.“ Sie wurden mit „Lügner, Lügner“ rufen und Trillerpfeifen verabschiedet.

Die Streiks in Frankreich haben viel zu der Stimmung beigetragen: „Wir sind nicht alle, schaut nach Paris“ wurde immer wieder gerufen.

Weniger gut als die Stimmung war jedoch die geringe Teilnehmerzahl für diese beiführende Aktion der Gewerkschaftsjugend. Ein Azubi von Siemens machte deutlich, wer die Schuld daran trägt. Er beschwerte sich bitter über seine Gewerkschaft IG Metall, die ihm im Stich gelassen und nichts für die Mobilisierung für die Demo getan hatte. Wenn er nicht am Morgen der Demo selbst seinen Kollegen Bescheid gesagt hätte, hätte dort wohl niemand etwas davon erfahren. Auch der DGB-Jugendsekre-

tär äußerte sein Bedauern darüber, daß die „größte Einzelgewerkschaft der Welt“ sich bei solchen Themen verweigert. Unterstützung kam hauptsächlich von OTV und den Post- und Eisenbahner-Gewerkschaften.

Die Mobilisierung wurde fast sämtlich von JO/JRE übernommen. Das ging vom Gestalten der DGB-Flugblätter und Plakate über Verteilung und Plakatierung bis zu Gesprächen in Betrieben und mit Gewerkschafts-Aktivisten. Obwohl die IGM-Jugend bundesweit zum Aktionstag aufrief, nahm der Berliner IGM-Jugendsekretär nur „als Beobachter“ teil und hatte schon im Vorfeld die Aktion blockiert: Die IGM-Jugend Berlin „wird sich an der Demonstration nicht beteiligen“, sie wolle „keine weiteren Aktionen mitbringen“.

Unter den Demo-Teilnehmern gab es eine breite Unterstützung für unsere Forderung nach einer Fortführung der Kampagne für Ausbildung und Übernahme durch den DGB und auch für unsere Veranstaltung, auf der wir weitere Schritte zum gemeinsamen Protest von Schülern, Studenten und Azubis besprechen wollen.

# ÖTV Rostock Unzufriedenen mit der Führung

Auf der Delegiertenkonferenz der Rostocker ÖTV wurde Unmut mit dem Hauptvorstand deutlich. Die Redebiträge von SAV-Mitgliedern, die dazu aufforderten, der Gewerkschaftsspitze Feuer unter dem Hintern zu machen und einen konsistenten Kampf gegen Lohnraub und Arbeitsplatzvernichtung zu fordern, kamen gut an.

**Jan Hoppe, ÖTV-Bereichsvorstand Transport und Verkehr, KV Rostock**

Die Versammlung begann mit langen Ausführungen des ehemaligen Rostocker ÖTV-Chefs und jetzigem Bürgermeister Pöker, der Kürzungen im Kindergarten-Bereich rechtfertigte (siehe auch S. 6). Auch der Geschäftsbericht und das Grußwort eines Hauptvorstandsvertreters erhielten kaum Erwähnungswertes. Eine Ausnahme bildete die kämpferische Rede eines Bezirksvorstandsmitgliedes der ÖTV Nord, der auch das Wort Generalstreik in

den Mund nahm.

Nach zweieinhalb Stunden geduligten Wartens hatten dann endlich die Delegierten Gelegenheit, sich zu äußern – 20 Minuten lang. Der Vorstand war anscheinend der Meinung, daß es sowieso nichts zu diskutieren gäbe.

Diese Meinung konnte ich nicht teilen und melde mich. Ich kritisierte, daß die Gewerkschaft in meinem Betrieb, der Deutschen Seereederei (DSR), 100 Prozent Westlohn durchgesetzt hat, aber viele Kollegen arbeitslos geworden sind. Ich fügte an, daß die ÖTV nicht energisch genug, auch mit Streiks, gekämpft habe. Statt die für den Arbeitsplatzhalt notwendigen Gelder von den Unternehmen, die genügend Profite eingefahren haben, einzufordern, habe sie sich auf die Standortdebatte eingelassen.

Ich wies außerdem darauf hin, daß die öffentlichen Kassen nur deshalb leer seien, weil die Unternehmen sich ständig daraus bedienen und Geld für Neubauten, Bundeswehrmissätze (starker Beifall) und Diäten

rausgeschmissen werde. Am Schluß forderte ich die Kollegen auf, das vorher verteilte „Niederstreiker Manifest“ oppositioneller ÖTVler zu unterstützen.

René Henze, Delegierter für die ÖTV-Arbeitslosen und SAV-Mitglied, kritisierte die unattraktive Jugendarbeit der ÖTV. Nur eine kämpferische ÖTV können Jugendliche begeistern, und ohne diese werde die ÖTV irgendwann aussterben.

**Zuviel Kampf?**

Natürlich konnte das Hauptvorstands-Mitglied unsere Reden nicht unkommentiert lassen. Für seinen Geschmack war zuviel von Kampf und zuwenig von Verhandeln die Rede. Generalstreik in Frankreich wäre ja ganz toll aber in Deutschland müsse man erst einmal verhandeln.

Außerdem wären in Norddeutschland nur 10 bis 20 Prozent für einen Generalstreik. Der Rest ging im Gemurre der Delegierten unter, es gab nicht

einmal einen Hofflicheitsbeifall, eine ältere Kollegin rief, er möge endlich aufhören.

Erfolgreich waren wir mit unserer Resolution gegen Kitaschließungen und Entlassungen. Außerdem wurde eine vom DSR-Betriebsrat eingebrachte Solidaritäts-Resolution mit den Streikenden in Frankreich einstimmig angenommen. Zur Bezirksdelegiertenkonferenz und zum Gewerkschaftstag wurde noch kein SAV-Mitglied delegiert, weil wir unter den Aktiven noch nicht bekannt genug sind. Das wird sich jedoch rasch ändern.

Wir führten auch nach der Sitzung noch gute Diskussionen. Wahrscheinlich wird der ÖTV-Kreisvorstand auch die von SAV und Jugendaktionskomitee in Gang gesetzten Proteste gegen Haushaltskürzungen in Rostock unterstützen.

Es war eine durchaus kämpferische Konferenz. Nur Bürgermeister Pöker und das Hauptvorstandsmitglied gingen zerknitscht nach Hause.

# Stuttgart Azubis und Schüler gemeinsam

In Stuttgart haben sich Jugendliche aus IGM, ÖTV und HBV zusammengeschlossen, um gemeinsam mit dem Stuttgarter Schülerrat und JO/IRE Aktionen gegen den Bildungsklausur und die schlechter werdende Situation bei Ausbildung und Übernahme zu organisieren. Erste erfolgreiche Handlung war eine gemeinsame Azubi-Schülerinnen-Demo, an der 300 Jugendliche teilnahmen.

**Stephan Kimmertele, ÖTV-Mitglied, Stuttgart**

Mit einer Blockade der Strassenbahnschienen – „Gegen die Blockade unserer Zukunft“ – wurde gegen das Zusammenstreichen der Ausbildung im öffentlichen Dienst und vor allem bei den Stuttgarter Straßenbahnen (-50 Prozent in drei Jahren) demonstriert.

In Stuttgarter Metallbetrieben ist die Stimmung, für Ausbildung und Übernahme zu kämpfen, groß. Bei „Werner & Pfleiderer“ zum Beispiel stimmten 93 Prozent der Azubis für die IGM-Forderung „Wer nicht ausbildet, soll zahlen“ und erklären sich bereit, selbst aktiv

zu werden. Viele schrieben ihren Namen auf den Umfrage-Zettel, damit die IGM sie auch ja nicht vergißt.

Die Demonstration war nicht der letzte Akt des Bündnisses von Gewerkschaftsjugendlichen und SchülerInnen. Diskutiert wird jetzt, das Treffen zu einer festen Einrichtung zu machen und eine Zeitung herauszugeben, in denen die bisherigen Aktionen berichtet werden. Alle sind sich einig, daß eine Umfrage nicht ausreicht, um Druck für die Übernahme der Azubis zu machen. Jetzt müssen die Umfrageergebnisse öffentlichkeitswirksam dargestellt werden.

Zumindest bis zu Landtagswahlen im März sollen die Aktionen weitergehen.

Mehr Azubis sollen in die Aktionen einbezogen werden. So kann es gelingen, die Umfrage-Ergebnisse der IGM in die Praxis umzusetzen und den Leuten im Betrieb im Kampf für Übernahme und den Erhalt von Ausbildungsplätzen von außen zu helfen. Außerdem ist es wichtig, eine gemeinsames Treffen von Gewerkschaftern und Azubis die beste Vorbereitung für größere Aktionen wie den Jugendstreiktag.

# Eine Schlacht verloren, aber Kräfte für die nächsten Kämpfe gesammelt

Der Streik im dänischen Esbjerg ist beendet. Am 11. November blockierten die Busfahrer zum letztenmal das Depot von Ri-Bus. Nach neun Monaten Kampf hatten sie nicht mehr die Kraft, nach dem Verrat der Gewerkschaftsführung auch noch darum zu kämpfen, die notwendigen Gelder selbst aufzutreiben. Es ist nicht gelungen, Ri-Bus aus Esbjerg zu vertreiben und die Privatisierung rückgängig zu machen. Insofern ist der Esbjerg Streik verloren worden. Doch auf der Haben-Seite stehen große Fortschritte für die dänische Arbeiterbewegung.

**Claus Ludwig, IG-Medien-Mitglied, Köln**

Auf der Abschluss-Kundgebung betonten alle RednerInnen: Dieser Kampf hat sich gelohnt. Die Privatisierung des öffentlichen Nahverkehrs in anderen Städten wurde gestoppt. Das Vertrauensnetzwerk in Dänemark wurde wiederbelebt. Es wurden kämpferische Traditionen geschärft, an denen andere Belegstellen anknüpfen können. Die Solidarität war enorm. Trotz der Polizeibrutalität trotz der langen Dauer war die Stimmung bis zum Ende gut.

**Wie weiter?**

Die Unterstützungskomitees in vielen Städten wollen aktiv bleiben. Sie wollen die Lehren aus Esbjerg diskutieren, und darum kämpfen, die Gewerkschaften wieder zu interessieren.

vertretungen der Arbeiter zu machen. In Esbjerg hat sich ein „Blockierer-Club“ gegründet, in dem schon über 150 Leute eingetren sind.

Noch immer stehen jeden Abend Unterstützer der Streikenden vor dem Bus-Depot und beschimpfen die Streikbrecher, die Busse werden weiterhin von vielen Esbjergern boykottiert.

Diese Aktionen werden irgendwann beendet sein. Unvermeidbar ist auch, daß die Busfahrer und einige AktivistInnen eine Auszeit nehmen, sich um ihren neuen Job kümmern oder sich zurückziehen. Doch um den Streik herum sind viele Arbeiter aktiv geworden, die weitermachen werden. Eine Demoralisierung wird nicht eintreten. Die Busfahrer haben ihren Kampf mit erhobenen Köpfen beendet.

Ihr klares Nein zur von der Führung der SID (Spezialdelegierten in Dänemark) angehandelten „Lösung“ war dabei enorm wichtig. Sie haben gezeigt, daß sie sich nicht verkaufen lassen und eine Opposition gegen die Führung organisieren. Zahlreiche haben die Kolonnen geleitet, daß es nichts bringt, dem Unternehmen Zugeständnisse zu machen. Das ermöglicht den nur noch mehr zu verlangen. Dann haben sie gefordert, daß Parteien und Presse nicht neutral sind, sondern sich gegen die Arbeiter stellen. Dann haben sie gesehen, daß die Polizei nicht für die Bürger da ist, sondern als Waffe im Kampf auf Seiten der Unternehmer eingesetzt wird. Zuguterletzt haben sie gelernt, daß ihre eigene Ge-

werkschaftsführung sich aus dem Frieden mit Unternehmen und Staat mehr macht als aus den Interessen ihrer Mitglieder. Dieses Wissen werden sie weitergeben. (Anders, ein Aktivist des Streikkomitees).

**Was hätte man anders machen können?**

Die Streikenden und ihre Unterstützer haben sehr gut gearbeitet. Sie haben Unterstützung in den Betrieben mobilisiert, die Bevölkerung einbezogen, sich nicht auf Spaltung eingelassen und sind trotz Hitze und Kriminalisierung standhaft geblieben.

Doch bis zum Ende hatten viele Hoffnungen in die Gewerkschaftsführung. Die Kollegen wußten zwar um deren bürokratische Strukturen, doch viele dachten, die Arbeitsteilung, die Basis kämpft, die Führung hält sich im Hintergrund und organisiert die Finanzen“ würde funktionieren. Sie glaubten der Argumentation der SID-Führung, sie könne den Streik nicht offiziell unterstützen, weil sonst die Kasse beschlagnahmt würde. Doch das war nur eine Schutzbehauptung.

Die SID-Führung hätte viel mehr tun können, zum Beispiel bei der Mobilisierung anderer Gewerkschaften in Europa, die sie offen abgelehnt hat. Selbst bei gerichtlichem Vorgehen gegen die SID hätte dagegen mobilisiert werden können. Rechts- und Finanzfragen sind vom politischen Kräfteverhältnis abhängig.

Die SID wollte den Streik nicht und hat von Anfang an auf



Demonstration in Esbjerg, 20. Oktober: Die BusfahrerInnen sind trotz der Niederlage nicht demoralisiert, sondern zurecht stolz auf ihren Kampf.

einen Ausverkauf hingearbeitet. Nur der Widerstandswille der Busfahrer hat dies so lange hinausgezögert. AktivistInnen in Esbjerg haben den Verrat als Infringement korrupter Führer bezeichnet. Aber das ist nicht der Grund. In allen Ländern läuft der allgemeine Angriff des Kapitals auf die sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit, auf Löhne, Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen.

Der Spielraum für „sozialpartnerschaftliche“, für beide Seiten tragbare Kompromisse, schrumpft. Gewerkschaften, auch eher als links oder kämpferisch geltende wie die SID, werden vor die Alternative gestellt, für die Interessen ihrer Mitglieder und gegen die Unternehmer zu kämpfen oder immer mehr zu „Co-Managen“ zu werden und ihre Aufgabe darin zu sehen, Arbeiterkämpfe zu verhindern oder einzugrenzen.

Die klassische Arbeitsteilung der dänischen Arbeiterbewegung – militante Kämpfe durch die Basis und nachher kompromißfähige Regelung der Konflikte durch die Führung – funktioniert nicht mehr.

Die Lage der Esbjerg'er Busfahrer wäre günstiger gewesen, wenn die SID-Führung von Anfang an auf klarer politischer Grundlage herausgefordert worden wäre. Auf dem Sid-Kongress im September, wo alle die Esbjerg'er beklatscht haben aber konkret wenig für sie getan wurde, hätte die Führung auf eine klare Linie festgelegt werden müssen.

Eine organisierte Gewerkschaftsopposition muß aufgebaut werden, um zuerst den Druck auf die jetzige Führung zu erhöhen und dann um die Mehrheit für eine klassenkämpferische Politik in den Gewerkschaften zu kämpfen.

Mit diesem Herangehen wäre es der SID-Führung erschwert worden, die Busfahrer zu vertreiben. Auch der Aufbau eigener Strukturen von unten zur finanziellen Unterstützung des Streiks hätte schon weiter sein können. Leider haben sich die in den Unterstützungskomitees vertretenen linken Organisationsstrukturen zu sehr auf die Arbeitsteilung eingelassen und die Führung nicht herausgefordert. Doch durch den Verlauf des

Kampfes haben sehr viele KollegInnen gelernt und machen sich jetzt daran, die Opposition zu organisieren.

**Privatisierung International**

Die SAV und ihre Schwesterorganisationen im Komitee für eine Arbeiterinformationale (KAI) werden versuchen, die Esbjerg'er Erfahrungen in der europäischen Arbeiterbewegung zu verbreiten. Bei den Anfang 96 in Esbjerg stattfindenden Konferenzen, die von den Unterstützungskomitees organisiert werden, werden wir die Idee einer organisierten europäischen Gewerkschaftsopposition hineintragen. Es ist möglich, nicht nur gemeinsam zu diskutieren, sondern auch die konkreten Zusammenarbeit zu verstärken und ähnliche Solidaritätskampagnen wie die in Esbjerg für andere Kämpfe zu organisieren oder in mehreren Ländern gleichzeitig Kampagnen gegen Privatisierungsvorhaben anzustoßen.

IGM-Gewerkschaftsleiter

# „Bündnis für Arbeit“?

Mit einem Überraschungscoup hat der Gewerkschaftsvorsitzende der IG Metall, Klaus Zwickel, das Ruder der IGM nach rechts gedreht. Erst nachdem der 1. Vorsitzende sich von den Delegierten mit über 92 Prozent im Amt bestätigen ließ, rückte er mit einer Grundsatzrede heraus. Unter dem Motto „Bündnis für Arbeit“ sollen mit Lohnverzicht und Niedriglöhnen gemeinsam mit den Unternehmern und der Bundesregierung neue Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen werden.

**Frank Klobes, Kassel**

Selbst das geschäftsführende Vorstandsmitglied Schmittener war von dieser Grundsatzrede überrascht. „Von all dem haben wir vorher überhaupt nichts gewußt, das ist eine Saurei“, so Schmittener. In über 40 Redebeiträgen wurde die neue Linie des Vorsitzenden kritisiert. Lob bekam er vor allem aus dem Arbeitgeberlager und von der Bundesregierung.

**„Bündnis für Arbeit“**

Zwickel hat die These, daß niedrigere Löhne neue Arbeitsplätze schaffen, natürlich gut verpackt. Das „Bündnis für Arbeit“ enthält einen ganzen Katalog von Bedingungen und Forderungen an Arbeitgeber und Bundesregierung. Zwickel bietet die Einführung von flexiblen niedrigeren Einstiegsgehältern für Langzeitarbeitslose und eine Nullrunde für 1997 an, wenn die Unternehmer im Gegenzug drei Jahre lang auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten, die Schaffung 300 000 neuer Arbeitsplätze in der Metallindustrie garantieren, inklusive der Einstellung 30 000 Langzeitarbeitsloser sowie die Zahl der Ausbildungsplätze um jährlich 5 Prozent erhöhen.

Die Bundesregierung mußte auf die Kürzung des Arbeitslosengeldes, der Arbeitslosenhilfe sowie der geplanten Verschärfung der Sozialhilfekriterien verzichten und eine Abgabe für Betriebe einführen, die zu wenig ausbilden.

Wenn man das so liest, könnte man denken: na ja, wenn wir dies alles bekommen, ist unser Opfer dagegen verhältnismäßig klein. Doch wer glaubt, daß die Unternehmer eine Arbeitsplatzgarantie für drei Jahre geben, verbindlich – hunderttausende von Arbeitsplätzen schaffen und tausende von Ausbildungsplätzen einrichten, der verkauft die Kollegen bewußt für dumme oder hat nichts vom Kapitalismus verstanden.

Einen Tag nach Zwickels Vorschlag hat das Bundeskabinett die Kürzungen von Arbeitslosengeld und -hilfe beschlossen. Die Unternehmervertreter begrüßen, das die Gewerkschaft „erstmalig ein Zusammenhang zwischen hohen Lohnkosten und weniger Beschäftigung einräume“ (Gesammetall). Man wolle Zwickels „Bündnis für Arbeit“ zu einem Neuanfang in der partnerschaftlichen Tarifpolitik nutzen (Gottschol). „Aber konkrete Zusagen für Arbeitsplätze könnten die Verbände für die Mitgliedsunternehmen aber nicht machen“ (Fischer, Vorstandsmitglied Gesammetall). Die Unternehmer wollen die

Lohnkosten senken, weiter rationalisieren, die Arbeitszeit flexibilisieren und die Maschinenlaufzeiten ausdehnen. Das ganze bringt ihnen mehr Profite und uns mehr Arbeitslosigkeit. Der Ausspruch von Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt, daß die Gewinne von heute die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen sind dürfte sich doch längst als Märchen entpuppt haben. Eigentlich müßte es heißen: „Die Gewinne von heute waren die Arbeitsplätze von gestern und sind die Börsenspekulationen von morgen.“

Die Unternehmer haben in der letzten Rezession hunderten Ausbildungsplätze vernichtet. Heute nähern sich die Gewinne neuen Rekordhöhen, und die Börsen erklimmen täglich neue Gipfel.

Derzeit werden in der Metall- und Elektroindustrie Überstunden gemacht, die 300 000 Vollzeit-Arbeitsplätzen entsprechen. Das wären die 300 000 Arbeitsplätze, die Zwickel mit Lohnverzicht einkaufen will. Warum stellen die Unternehmer sie nicht ein?

Zwickel sagt, er habe die IGM mit dem „Bündnis für Arbeit“ in die politische Offensive gebracht. „Das ist eine Klammer für eine umfassende Mobilisierung für sichere und mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze, für Arbeitslose, Langzeitarbeitslose und Sozialhilfempfänger“. Dieser Schuß wird nach hinten losgehen. Denn jetzt haben die Unternehmer sogar von der Gewerkschaft vom Lohnverzicht bestätigt bekommen und werden statt freundlicher Zugeständnisse neue Forderungen stellen.

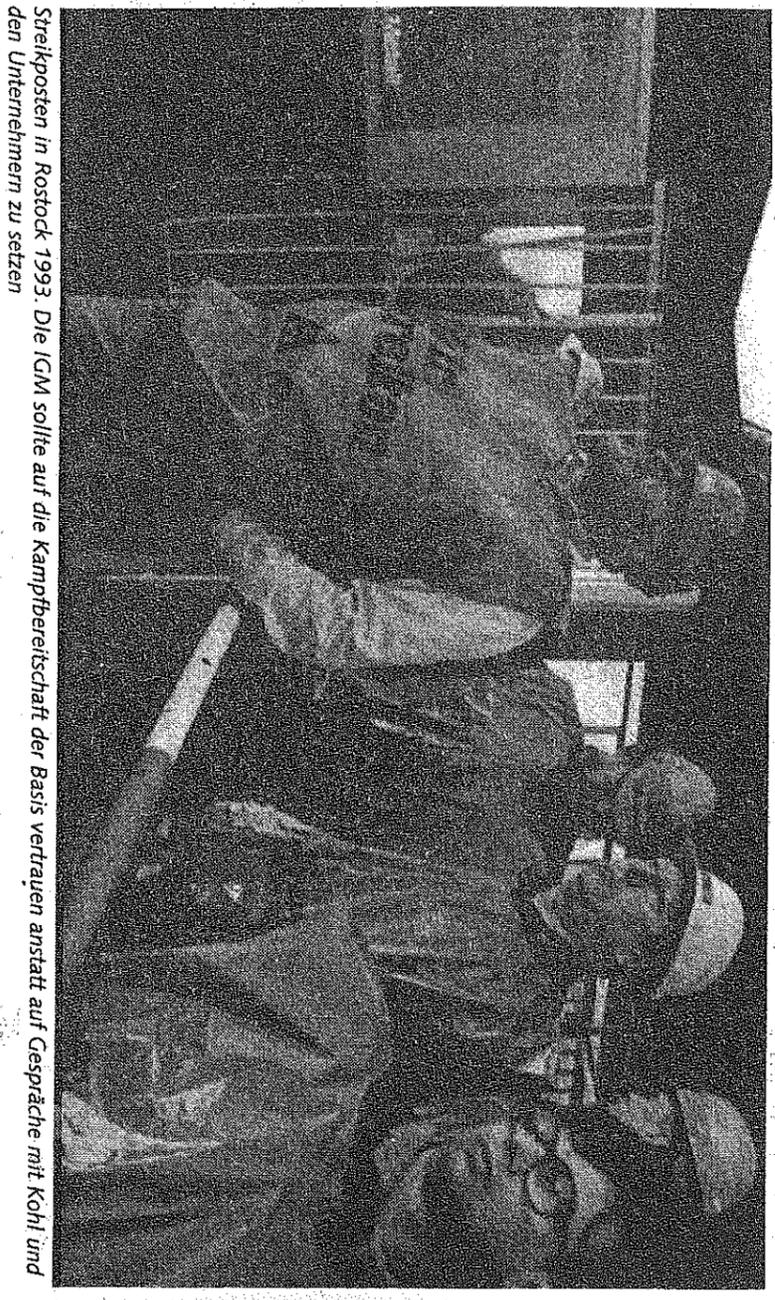


IGM-Chief Zwickel

Dies haben sie bereits getan. In einer internen Arbeitgeberanalyse heißt es: „Die von Zwickel geforderten 330 000 zusätzlichen Stellen würden Mehrkosten von insgesamt 50 Milliarden DM verursachen. Um diese Kosten aufzufangen, müßte die IG Metall nicht nur ein Jahr, sondern vier Jahre auf reale Lohnzuwächse verzichten.“

In den nächsten Tarifrunden werden sich die Arbeitgeber gegen an den Lohnverzichtsverschlagen erinnern. Sie werden argumentieren, daß eine Reallohnsteigerung Arbeitsplätze kostet. Auf betrieblicher Ebene wird die Lohnverzichtstheese von Zwickel die Unternehmensleistungen ermutigen, die mensleinigen ermutigen, die Betriebe weiter zu pressen nach dem Motto: Lohnkosten senkung für Arbeitsplatzsicherung. Aber diesmal werden sie nicht Mummam oder Gottschol zitieren, sondern den IGM-Vorsitzenden.

Als Anfang 1994 die IG-Chemie mit den Chemiearbeitge-



Streikposten in Rostock 1993. Die IGM sollte auf die Kampfbereitschaft der Basis vertrauen anstatt auf Gespräche mit Kohl und den Unternehmern zu setzen

bern Einstiegslohne zwischen 90 und 95 Prozent vom Tariflohn für Berufsanfänger, Auszubildende und Arbeitslose vereinbarte, hieß es aus der IGM-Zentrale: „Dadurch werden nur zwei Klassen von Arbeitnehmern geschaffen“. Dies ist aber heute noch genauso, Kollege Zwickel. Es ist schon ein Unding, daß die Ostlöhne immer noch nicht an das Westniveau angeglichen ist, obwohl gleiche Arbeit geleistet wird. Jetzt will die IGM-Führung auch noch im Westen den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ preisgeben.

## Beispiel Chemieindustrie

Die Chemieindustrie ist der praktische Beweis dafür, daß Lohnzurückhaltung und niedrige Einstiegsgehälter keinen einzigen Arbeitsplatz schaffen. In der Chemiebranche wurden im November 1994 855 Azubis, 924 Betriebsanfänger und 740 Langzeitarbeitslose unter Tarif bezahlt. Im selben Jahr wurden 44 000 Arbeitsplätze abgebaut.

Viele Betriebsräte zweifeln an, ob der „Erfolg“ auf die Bilanztarife zurückzuführen ist. Gottfried Neuen vom Henkel-Betriebsrat meint: „Arbeitnehmer werden doch wegen betrieblicher Notwendigkeiten eingestellt und nicht, weil sie 10 Prozent billiger sind“. Der Chemiegigant Hoechst hatte zum Beispiel bis November 1994 keinen einzigen Langzeitarbeitslosen eingestellt. Auch die Übernahme von 4350 Azubis, und damit fast allen der Branche sei nicht die Folge des Niedriglohnes, meint der Betriebsratsvorsitzende des Scheiring-Konzerns. Vielen Azubis seien schon vorher befristete Stellen angeboten worden. Das Ergebnis von Lohnzurückhaltung und Billiglöhnen sind keine neuen Arbeitsplätze, sondern erhöhter Druck auf die Tarife aller Beschäftigten.

## Arbeitszeitverkürzung

In der Vergangenheit hat die IGM immer argumentiert: Arbeitszeitverkürzung schafft neue Arbeitsplätze. Sie beziffert die gesicherten Arbeitsplätze durch die 35-Stunden-Woche auf 300 000. Aber auf dem Ge-

werkschaftstag hat die Führung die Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Wochenstunden abgeblockt und als Bekämpfung der Arbeitslosigkeit das „Bündnis für Arbeit“ präsentiert.

Dieses baut nicht darauf, die Arbeit auf alle zu verteilen, sondern den Unternehmern Lohnzugeständnisse zu machen, damit sie durch billigere Produkte im internationalen Konkurrenzkampf dem Konkurrenzmarkanteile abhutschen können. Dies treibt Arbeiter in anderen Ländern in die Arbeitslosigkeit und drückt hier den Lebensstandard der Kollegen. Die Gewinner sind immer die Unternehmer. Die Verteilung der Arbeit auf alle durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ist der richtige Weg. Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Unternehmer werden sich dagegen wehren, weil es an ihre Profite geht. Arbeitsplätze werden deshalb erkämpft werden müssen und sind nicht zu haben durch Lohnzugeständnisse am Verhandlungstisch.

## Flexibilisierung verhindern

Damit Arbeitszeitverkürzung positiv wirkt, muß der ausserordentlichen Flexibilisierung ein Riegel vorgeschoben werden. Die IGM-Führung stellt es so dar,

## Die Gewinne von heute waren die Arbeitsplätze von gestern und sind die Börsenspekulationen von morgen.

als ob der Arbeitnehmer mehr Souveränität und Selbstbestimmung über seine Arbeitszeit erhält. Doch die Praxis sieht ganz anders aus, wie man beim Branchen-Vorreiter VW begnügeln kann. Eine „ahmende Fabrik“ wird angestrebt, die Arbeitszeit der Auftragslage angepaßt. Bei VW kann aus der 4-Tage-Woche mal eine 5-Tage-Woche, mal eine 3-Tage-Woche oder auch mal eine 0-Tage-Woche werden.

Es gibt über 150 verschiedene Schichtmodelle. Die reguläre Wochenarbeitszeit von 28,8 Stunden kann bis auf 38,8 Stunden erweitert werden. Mit Zustimmung des Betriebsrates ist auch Samstagarbeit erlaubt und somit eine 6-Tage-Woche werden.

Die Arbeitszeit soll auf ein Arbeitszeitkonto gebucht werden und die Jahresarbeitszeit soll die 28,8 Wochenstunden nicht überschreiten. In der Praxis sieht dies allerdings anders aus. In der Vergangenheit war es bereits so, daß kein Freizeitausgleich erfolgte, sondern Pflichtbezahlung. Eine ähnliche Flexibilisierung gibt es bereits in anderen Automobilkonzernen.

Nicht die Arbeitnehmer bestimme, wann sie arbeiten oder Freizeit nehmen wollen, sondern das Unternehmen. Der Arbeiter wird dem Unternehmen, der kapitalistischen Produktion immer weiter untergeordnet. Die Vorstellung von mehr Zeitsouveränität zerplatzt in der Realität, wie eine Seifenblase. Im Bereich der Arbeitszeitregelungen prallen die unauf löslichen Interessensgegensätze zwischen Kapital und Arbeit genau so aufeinander wie in der Lohnfrage oder bei der Arbeitszeitverkürzung.

Die Kollegen spüren es an ihrer Gesundheit und am Geldbeutel. Auch Familien und Freundeskreis werden schweren Belastungen unterzogen. Deshalb muß die Verteilung der Arbeit gleichmäßig von Montag bis Freitag oder bei VW Montag bis Donnerstag erfolgen, das Wochenende muß frei bleiben.

In der Vergangenheit wurde versäumt, gegen die Erpressungen mit dem Arbeitsplatz, denen die Gewerkschafter im Betrieb ausgesetzt sind, bundesweit mobil zu machen. Im Herbst 1993 war die Stimmung für einen Generalstreik gegen Arbeitsplatzvermichtung und Sozialabbau da. Damals ließ die Gewerkschaftsführung mit einigen Großdemonstrationen Dampf ab.

Heute beschwerten sie sich darüber, daß viele Gewerkschafter in den Betrieben den Erpressungen nachgeben. Für die ostdeutsche Metall- und Elektroindustrie spricht sich Zwickel für Ausnahmeregelungen bei der für Mitte 1996 tarifvertraglich geregelten 100pro-

zentigen Lohnangleichung an das Westniveau aus. Dies kommt einem Tarifbruch im Interesse der Unternehmer gleich. Nur ist es diesmal nicht der Arbeitgeberverband wie 1993, sondern der Vorsitzende der IGM selbst.

Doch viele wollen diese Rechtsweinde nicht mitmachen. In über 40 Redebeiträgen haben sich Delegierte für eine härtere Gangart gegenüber den Unternehmern ausgesprochen und auch die sozialpartnerschaftliche Kanzlerrunde kritisiert. Ein Delegierter aus Bochum brachte es wie folgt auf den Punkt: „Immer dann, wenn wir irgendwo kämpfen und irgend etwas nach vorne bringen wollen, müssen wir feststellen, daß unser Vorstand etwas anderes quakt. Ich habe immer mehr den Eindruck, unsere Kampfverwerkschaft entwickelt sich immer mehr zur Krampfverwerkschaft. Wenn unser Vorstand irgendwo einmal in der Presse auftaucht, dann habe ich den Eindruck, er bewegt sich auf Samtpfoten. Gott verdammte noch einmal, haut doch einmal auf den Putz, es wird Zeit.“ Der IGM-Kongreß offenbarte aber auch die Schwäche der gewerkschaftlichen Linken, „auf den Putz haufen“ erwarten sie vom Vorstand.

Eigene Alternativen haben sie nicht: einerseits trauen sie den gewerkschaftliche Positionen der 70er Jahre nach, andererseits ahnen sie, daß eine Rückkehr zu diesen „guten alten Zeiten“ nicht mehr möglich ist. Und das stimmt auch. Bei enger werden den Verteilungsspielräumen und gesamtgesellschaftliche Machfrage sehr viel schneller, sie muß offensiv aufgeworfen werden. Dabei kann man kann nicht auf die Führung warten, sondern muß selbst inhaltliche und personelle Alternativen deutlich machen.

Diese Delegierten, die oft selbst Betriebsräte oder Vertrauensleute sind, spiegeln die Stimmung und den Druck den es in den Betrieben gibt wieder, wenn auch abgeschwächt. Es gibt einen Einblick, wie groß die Möglichkeiten sind eine kämpferische, sozialistische Gewerkschaftspolitik von unten in den Betrieben zu veran-

SAV-Bundskonferenz 95

# KämpferInnen lohnt sich

Mit den Worten „Es lohnt sich zu kämpfen“ und dem Slogan der „Internationalen Sozialistischen Alternativen/VORAN (SAV)“, die mit 160 TeilnehmerInnen vom 3. bis 5. November in Köln stattfand.

**Sascha Stanicic, SAV-Bundesvorstand**

Delegierte und Teilnehmer aus 16 Städten in Ost- und Westdeutschland berichteten von wachsender Unzufrieden-

heit unter ArbeiterInnen und Jugendlichen, die allerdings in vielen Fällen weder von der Gewerkschaft noch von den linken Parteien aufgegriffen wird. Der Rechtsruck der IG Metall-Führung mit ihrem Angebot zum Lohnverzicht für Phantomarbeitsplätze war ein zentrales Thema, ebenso wie der fortschreitende Niedergang der SPD. Die SPD ist auf dem Weg, auch noch den letzten Rest Unterstützung und Verankerung in der arbeitenden Bevölkerung zu verlieren.

## PAKISTAN/INDIEN

der pakistanischen Sektion des Komitees für eine Arbeiterinternationalen (KAI) und der All-pakistanischen Gewerkschaftsföderation zusammengekommen. Es kamen 70 Gewerkschaftsführer aus Pakistan sowie Mitglieder der indischen Banken- und Versicherungs- und der Verlags-angestellten-Gewerkschaft.



## Gemeinsamer Kampf

Zum ersten Mal trafen sich Gewerkschafter aus Pakistan und Indien zu einer gemeinsamen Konferenz, um über den Kampf gegen die Armut zu beraten.

Das Treffen war auf Initiative

## Rostock: Kindererziehungskampagnen

# Für jeden Fratz einen guten Kita-Platz

Oberbürgermeister Pöker und Sozialsenator Danke (beide SPD) wollten der Stadt ein besonderes Nikolausgeschenk machen und in der Bürgerschaft am 6. 12. die Schließung von 16 Kindereinrichtungen durchsetzen. 126 Erzieherinnen sollten entlassen werden.

**René Henzel/Jahn Hoppe, Rostock**

Nur noch sechs Einrichtungen sollten in kommunaler Hand bleiben, der Rest an „freie Träger“ übergeben werden. Das habe in der Folge gehabt, daß gerade in den Neubaugebieten die kommunalen Einrichtungen fast gänzlich dichtgemacht worden wären. Als Begründung brachte unsere städtische Prominenz, daß die Kinderanzahl sich in Rostock halbiert.

Als diese Pläne bekannt wurden, initiierten wir sofort Protest. Fast jeden Tag waren wir auf der Straße und sammelten Unterschriften. Fast 1000 Unterschriften bekamen wir in knapp zwei Wochen zusammen.

Daraus erwächst die Aufgabe, eine neue sozialistische Kraft aufzubauen, eine Vertiefung für ArbeiterInnen, RentnerInnen und sozial Benachteiligte. Dazu will die SAV einen Beitrag leisten. Die Delegierten waren sich einig, daß die Gründung der SAV vor 18 Monaten ein richtiger Schritt war und durch die Entwicklungen seitdem bestätigt wurden.

Das Potential, das für eine solche sozialistische Kraft existiert, wurde nicht zuletzt in der Wahlkampagne der SAV in Bremerhaven deutlich. Die Verwerflichkeit der Mitgliedschaft und die 2,3 Prozent Stimmen zeigten, was eine kleine sozialistische Organisation erreichen kann, wenn sie ihr Kräfte darauf konzentriert, Gegenwehr

zu organisieren.

Die erfolgreiche Kampagne gegen den Verkauf der städtischen Wohnungsgesellschaft wurde auch als Hauptgrund für das zufriedenstellende Abschneiden bei den Kommunalwahlen in Bremerhaven eingeschätzt.

Die Konferenz diskutierte die Schwerpunkte der weiteren Arbeit und beschloß eine Resolution mit dem Titel „Die politische Lage und die Aufgaben der SAV“. Als Aufgabe im Bereich der Jugendarbeit wird in Anbetracht der sich verschlechternden Situation für SchülerInnen, StudentInnen und Azubis eine Kampagne „Bildung und Ausbildung für alle!“ betrachtet.

In der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zog ein Arbeitskreis Bilanz und begutbte die Fortschritte, die in diesem Bereich erzielt wurden. Hervorgehoben wurde hier die Arbeit der SAV Kassel bezüglich des VW-Werkes in Bannatal, wo gemeinsam mit kritischen GewerkschafterInnen die Betriebszeitung „Rostif“ herausgebracht und Einfluß auf die innerbetrieblichen Diskussionsprozesse genommen werden konnte. Schwerpunkt soll die Arbeit im öffentlichen Dienst und in der ÖTV sein. Die Verbreitung des „Niederfelder Manifestes“ von linken GewerkschafterInnen und der Aufbau einer gewerkschaftlichen Opposition in der ÖTV soll verstärkt betrieben werden. Roter Faden für die Arbeit der SAV: Gegenwehr gegen Kürzungen und Sozialabbau zu organisieren. Da in jeder Kommune die Haushaltsberatungen 1996 zu vermutlich äusserst drastischen Kürzungen führen werden, soll jede SAV-Ortsgruppe an vorderster Front den Widerstand mitorganisieren. Weitere Kandidaturen bei kommenden Kommunalwahlen wurden nicht ausgeschlossen.

Die Delegierten waren sehr optimistisch, was die Möglichkeiten für den weiteren Aufbau der SAV angeht. Von der 14jährigen Schülerin bis zum 85jährigen Hannes Gerdies, einem Veteran der Arbeiterbewegung, der in Deutschland und im spanischen Bürgerkrieg gegen den Faschismus kämpfte, waren sich alle einig: es lohnt sich, für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft zu kämpfen.

## Sozialistische Alternative VORAN - ORTSGRUPPEN

- Rostock**  
Mittwoch, 19 Uhr, Augustenstraße 112a  
Infos unter 03 871/4 90 42 93
- Berlin**  
OG Süd: montags 19 Uhr, Kinderladen Fun-Fun, De-fregger Str. 2, 5-Bahn Treptower Park  
OG-Mitte: dienstags 19 Uhr, PDS-Sitzpunkt, Al-lee der Kosmonauten 99, OG-Nord/West: montags 19 Uhr, „Kieztreff“, Jähnsdörfstr. 11a, Prenzlauerberg  
Infos unter 030 / 4 44 76 16 erfragen
- Bremen**  
Mittwochs, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehrschloß, Hauptstr. Osterdeich 230. Weitere Infos über Bundeszentrale
- Bremerhaven**  
OG Süd: montags, 19 Uhr, „Schilleklaus“, Schillerstr. 3  
OG Nord: montags, 19 Uhr, SAV-Büro, Zeppelinstr. 3  
OG Mitte: dienstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Zeppelinstr. 3  
Infos über Themen unter 04 71 / 4 175 48
- Kassel**  
OG Nordost: freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlacht-hof, Mornbachstr. 12  
OG West: sonntags, 18.30 Uhr, Café Ulbra, Fr.-Ebert-Str. 171 (gegenüber der Stadthalle)  
Infos unter 03 61 / 1 64 91
- Köln**  
Donnerstags, 19 Uhr, Bürgerzentrum Deutz, Tempel-sträße 41, U-Bahn Deutzer Freiheit  
Infos unter 02 21 / 13 45 04
- Aachen**  
OG Ost: montags, 19 Uhr, „Krauthölde“, Trerer Str. 16  
OG Nord: dienstags, 19 Uhr, Griechische Gemeinde, Rudolfstr. 18  
Infos unter 02 41/90 86 85
- Siegen**  
Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen
- Frankfurt/Main**  
Donnerstags, 19 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5  
Weitere Infos unter 0 69 / 45 32 75
- Stuttgart**  
OG Mitte: jeden Mittwoch, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Höhe Str. 9  
OG Süd-West: jeden Donnerstag, 18.30 Uhr, Jugendhaus Hestlach (Böblinger Str. 92)  
OG Nord: jeden Donnerstags, 19 Uhr, Jugendhaus Nord  
Infos unter 07 11/2 23 88 23
- Freiburg**  
Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

## Kampagnen

# Eine Spende für die SAV

Weihnachten, das ist die gnadenlos ab. Sie verlangen Be-scheidenheit von der Bevölkerung und erhöhen sich selbst maglos die Diäten. Sie reden vom Frieden in der Welt und sind verantwortlich für Kriege und Bürgerkriege. Und sie füllen uns das ganze Elend in der Welt vor Augen mit dem Ziel, uns ein schlechtes Gewissen zu machen über unser biblischen Lebensstandard und vom Reich-tum der Bonzen abzulenken.

Die SAV bekämpft die Ursachen von Armut, Unterdrückung, Umweltzerstörung und Krieg. Aber nicht nur das, wir organisieren Gegenwehr gegen die Angriffe von Unternehmen und Kohl-Regierung. Nicht nur die ganz Armen brauchen eine Lobby. Auch die Normalverdiener, die Schüler, Studenten und Azubis werden immer mehr angegriffen. Wie ist das mit dem Weihnachtsgeld? Das hat sich die organisierte Arbeiterbewegung erkämpft. Ohne Kampf oder zumindest Druck der Beteiligten Pflichttungen und Legatschaften haben die Unternehm-schieben sie am nächsten Tag

## Ursel Beck, Köln

Mit immer raffinierteren Tricks weckt die Werbung Konsumwünsche bei Kindern. Wie Eltern, die kein Geld haben, mit diesem Druck fertig werden, interessiert nicht. Die Kaufhäuser kennen kein Mitgeföhl und keine Gnade vor Lee-ren Geldbeuteln – schon gar nicht an Weihnachten.

Die weihnachtliche Heuchelei der Politiker ist grenzenlos. Sie halten salbungsvolle Reden über Solidarität mit den hier lebenden Flüchtlingen und schieben sie am nächsten Tag

nicht mal an Weihnachten. Für immer weniger Menschen bedeutet das Weihnachtsgeld, sich einen großen Wunsch zu erfüllen. Weil mehr und mehr Arbeiter mit ihrem Monatslohn nicht mehr über die Runden kommen, geht das Weihnachtsgeld drauf, um das überzogene Konto auszugleichen oder die Nachzahlung bei der Stromrechnung zu bezahlen. Und jetzt wird es mehr und mehr abgebaut.

Bei unserer Bundeskonferenz am 3./4. November haben wir den Auftrag gemacht für unseren diesjährigen Jahresdappell. Die anwesenden 158 Delegierten, Mitglieder und Gäste spendeten insgesamt DM 10 468 davon 2568 in bar und 7900 DM in Schuldscheinen. Das ist ein hervorragendes Ergebnis, wenn man bedenkt, daß viele Mitglieder bereits für den Wahlkampf in Bremerhaven große finanzielle Opfer gebracht haben. Viele Genossen waren bereit, einen großen Teil ihres Weihnachtsgeldes zu spenden. Mit diesem Geld finanzieren wir einen Zuschuß zu den Konferenzkosten, größere Reparaturen an Copypriinter und Kopierer, unsere Teilnehmernkosten am Treffen der Arbeiterinternationalen, rückständige Personalkosten und die Anschaffung von PCs.

Wir denken, daß die erhöhte Spendenbereitschaft vieler Menschen um Weihnacht ein positiver Ausdruck ist für den Wunsch nach Linderung und Abschaffung von Not und Elend. Die beste Investition um dieses Ziel dauerhaft zu erreichen, ist eine Spende an die SAV – auch noch im Januar.

## Spendenkonto

**Konto-Nummer**  
2500 59-430  
**Postbank Essen**  
(BLZ 360 100 43)

## Werde Mitglied der SAV!

- Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
  - Ich möchte Mitglied der SAV werden.
- Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

- zehn Ausgaben zu 18,- DM
- zusätzlich Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- Förderabo, 10 Ausgaben zu DM (ab 30,-)

Name, Anschrift, Telefon

Überweisen an: VORAN, Postgironr. Essen, BLZ: 360 100 43, Konto-Nr. 250 059-430 – keine automatische Abo-Verlängerung  
Abschnitt schicken an: Red. VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

**VORAN**  
Impressum  
Überregionale marxistische Monatszeitschrift seit 1973  
Herausgeber: VORAN für sozialistischen Demokratie e.V.  
Verantwortliche RedakteurIn: Angelika Häntker  
Erscheinungswort: Monatsheft  
Druck: Berger und Sostmann GBR, Kassel  
Redaktionsanschrift: Vort, Hansaring 4, 50670 Köln  
Telefon 02 21/13 25 04 oder 13 45 04  
Telefax 02 21/13 72 80  
E-Mail: voraan@post.fernnet.de  
Konto-Nr.: 2500 59-430

# Kein Öl für Öl

Seit der Ermordung von Ken Saro-Wiwa und acht anderen Ogoni-Führern ist Nigeria ins internationale Rampenlicht gerückt.

Dort herrscht eine brutale Militärdiktatur unter General Abacha. Vor einigen Jahren versprachen sie den Übergang zur Demokratie. Als trotz vieler Manipulationen die bürgerliche Opposition unter Abiola gewann, annullierten sie 1993 die Wahlen.

Eine landesweite Streikbewegung 1994, angeführt von den Ölarbeitern, wurde niedergedrückt. Gewerkschaftsstrukturen verboten. Die Hauptkommuniquelle des Landes ist Öl, wovon sich ein großer Teil im Gebiet des Ogoni-Stammes befindet.

Wegen Widerstands gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Versetzung durch das Regime und die internationalen Ölkonzerne wurden die Ogoni-Bürgerrechtler ermordet. Sohn und Witwe von Ken Saro-Wiwa sowie verschiedenen Organisationen rufen zu Boykott und Sanktionen auf. Doch die Regierungen reagieren nur halbherzig, besonders einen Öloykott lehnen sie ab.

VORAN interviewte Akanji Ehirem, Mitglied der National Conscience Party (NCP) und Unterstützer der nigerianischen sozialistischen Zeitung „Millitant“.

**VORAN: International wird die Diskussion um einen Boykott von Shell geführt. Shell wehrt sich dagegen und sagt, sie hätten keinen Einfluß auf das Regime in Nigeria.**

Akanji: Rund 90 Prozent des Einkommens Nigerias kommt vom Öl, und Shell beherrscht die Produktion. Shell behauptet, sie hätten nichts zu tun mit den Morden im militarisierten Ogoni-Land. Das ist Unsinn. Shell bezahlt den Soldaten dort ein Zusatzgehalt zu ihrem Reinerwerb. Diese Truppen, die von außen kommen, vor allem aus dem Norden, töten für Öl.

Alle Hebel ökonomischer Macht sind in britischen, französischen und US-Händen, wie in der Zeit der Kolonialherrschaft. Nigeria ist seit 35 Jahren „unabhängig“. 25 Jahre davon lebten wir unter verschiedenen Militärdiktaturen, die alle die Unterstützung der britischen Regierung hatten. Die wirkliche

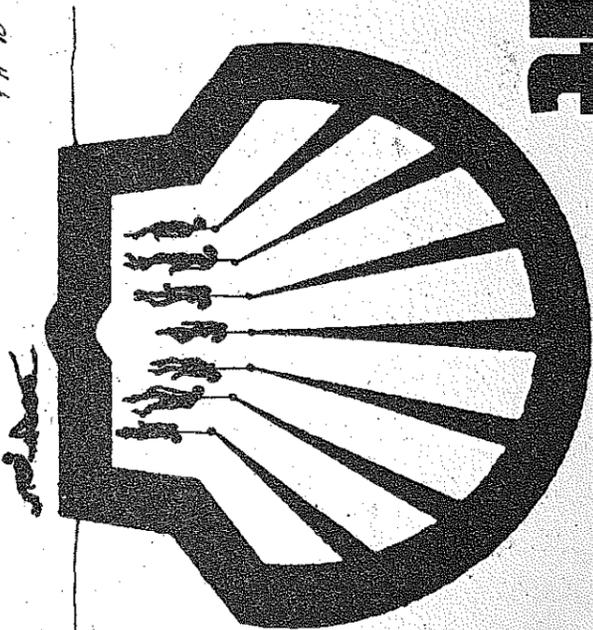
wirtschaftliche und politische Macht liegt beim Imperialismus sowie einer hauchdünnen politischen Elite in Nigeria.

**Wie ist die aktuelle Lage?**

Die Industrieproduktion sank 1994 um 5 Prozent. Die Nigerianische Fluggesellschaft ist zusammengebrochen, die letzte Automobilfabrik VW wurde geschlossen. Nigerias Schulden liegen bei 29,4 Milliarden Dollar.

Der Masse der Menschen ging es noch nie so schlecht wie heute. Die Inflation macht Löhne bedeutungslos, die Währung Naira ist praktisch wertlos. Die Infrastruktur bricht zusammen. Straßen, Elektrizität, Telefone, Krankenhäuser, Schulen sind am Rand des Kollaps.

Das Land fällt auseinander. Die Kluft zwischen den verschiedenen Nationalitäten ist sehr tief, auch wenn es noch nicht zum Bürgerkrieg gekommen ist. Die Ermordung der Ogoni-Führer wird die Lage verschlimmern. Die herrschende Elite kommt hauptsächlich aus dem Norden, sie wollen sich alle anderen Regionen unterjochen und Nigeria in jeden Preis zusammenhalten. Das will auch der Imperialismus. Ihre Sorge ist, daß es keine landesweite bürgerliche Opposition gibt, wenn das Militär abtritt. Das Militär sehen sie am



Alan Hahn

ehsten als Faktor für den Zusammenhalt. Deshalb gibt es auch nur halbherzigen Druck. Hinter den Kulissen sind sie dabei, eine Art Altparteiregierung zusammenzubringen.

Der britische Imperialismus verkauft Waffen und Panzer an das Abacha-Regime. Wir rufen die arbeitenden Massen der verschiedenen Länder auf, auf ihre Regierungen Druck auszuüben, damit sie die Hilfe und Nachgiebigkeit gegenüber dem Regime stoppen.

**Wie steht ihr zur Forderung nach internationalem Boykott?**

Wir rufen zu einem internationalen Boykott von Shell-Produkten auf. Man darf Sanktionen nicht dem Commonwealth überlassen. Wir bitten Gewerkschaften, direkte Kontakte mit den Gewerkschaften und Arbeit-

tern Nigerias aufzubauen, und sowohl der „Kampagne für unabhängige Gewerkschaften“, die für kämpferische Gewerkschaftsarbeit eintritt, als auch der NCP konkrete Unterstützung zukommen zu lassen.

**Was ist die NCP?**

Die NCP wurde im Oktober 1994 gegründet, hat etwa 60.000 Mitglieder, und ist die einzige politische Partei, die das sofortige Ende der Militärdiktatur fordert, während alle anderen Parteien einen Übergang von ein bis zwei Jahren akzeptieren. Es ist die einzige Kampagne, die Massenemonstrationen organisiert. Die anderen Parteien sagen, sie könnten nichts tun, bis sie an der Regierung sind.



Bürgerrechtler Ken Saro-Wiwa wurde vom Abacha-Regime ermordet. Shell und die westlichen Regierungen unterstützen das Regime weiterhin

# Tod eines Kriegsfürsten

**Die Ermordung des israelischen Ministerpräsidenten Rabin**

Israels Premier Rabin wurde letzten Monat von einem Mitglied der rechtstradikalen Siedler-Gruppe Eyal ermordet. Die Behörden hatten bislang gegenüber den Aktivitäten von Eyal beide Augen zugedrückt, denn sie gingen gegen arabische „Ziele“ vor.

**Von einem MILLITANT-Korrespondenten aus Israel**

Die Ermordung Rabins durch ein Mitglied von Eyal brachte der israelischen Arbeiterpartei

Sympathien und die Rechte in Verrut.

Für viele Israelis war Rabin ein Held. Für große Teile der Jugend symbolisierte er den Friedensprozeß und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Die Medien waren voller Lobeshymnen und beschreiben Rabin als großen Staatsmann und Friedensstifter. Doch nichts könnte der Wahrheit fern liegen.

1948 kommandierte er die jüdische Armee-Einheit, die die ethnischen Säuberungen der

gesamten palästinensischen Bevölkerung von Lod und Ramle durchführte. 1967 war er Generalstabchef während der israelischen Eroberungszüge der Golan-Höhen, der Westbank, Sinai und des Gazastreifens. Beim

Ausbruch der Intifada 1987 war er Verteidigungsminister und befehligte die Soldaten, palästinensischen Aufführern die Arme und Beine zu brechen. Er führte Todesschwadronen ein, die Jagd auf palästinensische Aktivisten machten, und initiierte die Abriegelungen der besetzten

Gebiete, die die Palästinenser regelmäßig von ihrer Arbeit abschnitten. Diese Maßnahmen wurden während des „Friedensprozesses“ nicht aufgehoben, sondern intensiviert und dauern noch heute fort.

Vor einiger Zeit kam der weitstreichere Flügel der herrschenden Klasse Israels zu dem Schluß, daß militärische Unterdrückung der Palästinenser kontraproduktiv und auf lange Sicht ohnehin unmöglich ist. Daher haben sie auf den „Friedensprozeß“ gedrängt. Dieser

bestand vor allem darin, die Aufgabe, die palästinensischen Massen unter Kontrolle zu halten, an die PLO-Führung zu delegieren, die zu einer Art Marionetten-Regime Israels wurde. Außenminister Shimon Peres, der jetzt das Amt des Premiers übernommen hat, war der Vertreter dieses weitsichtigen Flügels der Herrschenden. Er spielte die Hauptrolle bei den Verhandlungen mit der PLO und wird sich für die Fortsetzung des Friedensprozesses stark machen.

Aber auch wenn der Prozeß weitergeht: Er bietet den palästinensischen Massen keine Lösung. Das beste, was sie da-

# unser Standpunkt

## Luftschloß Währungsunion

Im Jahr 2004 ist die DM weg, titelte BILD am 18. November. Politiker, Finanz- und Wirtschaftsfachleute spekulieren darüber, wann die Währungsunion kommt und welche Staaten dabei sind. Einige SPD-Politiker haben sich das Thema offenbar als Feld für nationale Demagogie ausgesüßelt, wenn sie schon sonst wenig zu bieten haben.

Auch wenn bereits am Namen der Euro-Währung gebastelt wird und der Zug abgefahren zu sein scheint – es ist ein Zug nach nirgendwo.

Denn eine einheitliche europäische Währung auf Grundlage der kapitalistischen Marktwirtschaft ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Kapitalismus bedeutet Konkurrenz, Profitstreben, die Stärkeren schlucken die Schwächeren, ungleiche Verteilung von Wohlstand. Auf die nationalstaatliche Ebene übertragen: Konkurrenz zwischen den Kapitalistenklassen der verschiedenen Länder, Nutzung des Nationalstaates und seiner finanz- und währungspolitischen Instrumente im internationalen Konkurrenzkampf, zum Beispiel durch Abwertungen, um die eigenen Waren zu verbilligen und sich im internationalen Wettbewerb Absatzvorteile zu verschaffen.

Eine Einheitswährung würde etwa gleiche wirtschaftliche und soziale Niveaus im Währungsraum voraussetzen, was aber bei dem in der Marktwirtschaft eingebaute Wohlstandsgefälle nicht möglich ist. Mit einer vollständigen Währungsunion gibt ein Staat nicht nur seine Währungsunion, sondern auch finanzpolitische Instrumente, Kontrolle über Geldumlauf, Zinsen und Haushalt aus der Hand – zugunsten der wirtschaftlich vorherrschenden Macht, in diesem Fall des deutschen Kapitals und der Bundesbank.

Was passiert, wenn Staaten mit unterschiedlicher Wirtschaftskraft eine gemeinsame Währung erhalten, konnten wir bei der deutsch-deutschen Währungsunion beobachten: mit einem Schlag wurde ganze Wirtschaftszweige in der Ex-DDR ausradelt. Und obwohl zunächst noch nicht geplant, mußte die staatliche Einheit nur wenige Monate später eilig hergestellt werden, um Finanzströme, Geldumlauf und Haushalt unter Kontrolle zu behalten.

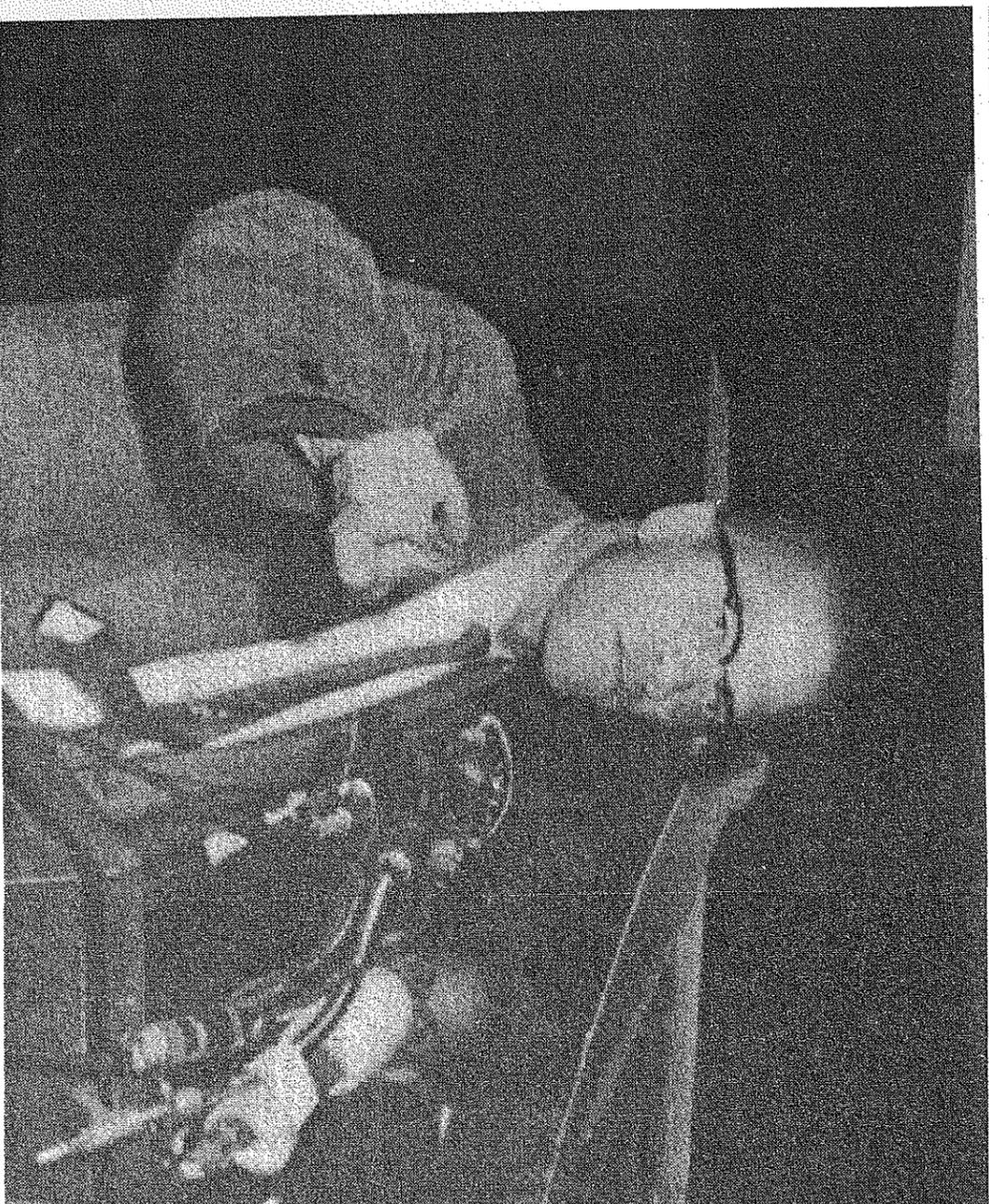
In Europa gab es bis zum Herbst 92 das Europäische Währungssystem EWS mit Schwankungsbreiten um 2-6 Prozent. Doch in der Währungskrise 1992/93 brach dies auseinander, weil die Zentralbanken die Kurse nicht mehr halten konnten. Italien und Britannien stiegen aus dem EWS aus, die Schwankungsbreiten wurden auf +/- 15 Prozent nach oben und unten festgelegt, was faktisch freies Schwanken der Währungen bedeutet.

Der Maastrichter Zeitplan sah vor, schnellstmöglich zu den alten Schwankungsbreiten zurückzukehren, im zweiten Schritt feste Wechselkurse „unumkehrbar“ festzulegen und im dritten Schritt die Euro-Einheitswährung einzuführen. Bislang ist nicht mal der erste Schritt gelungen. Ein erneuter Anlauf zu einem Währungssystem mit engeren Bandbreiten ist zwar möglich, eventuell sogar feste Wechselkurse zwischen Deutschland und Ländern wie Benelux, Österreich, Dänemark, die ohnehin Satelliten-Währungen der DM sind. Aber schon mit Frankreich ist eine feste Kurs oder gar eine gemeinsame Währung kaum denkbar. Ein Währungsunion oder auch nur ein Währungssystem ohne Frankreich würde jedoch das Scheitern der hochfliegenden Währungspläne dokumentieren. Deshalb ist der Druck besonders der deutschen herrschenden Klasse auf die französische Regierung hoch.

Warum wird weiterhin so halbsattig an der Fiktion Währungsunion festgehalten? Weil nicht in erster Linie das Ziel, sondern vor allem der Weg nützlich ist. Denn die sogenannten „Konvergenzkriterien“ (Begrenzung der Staatsverschuldung und Inflation) sind wunderbar dazu geeignet, in jedem Land Kürzungen, Lohnverzicht und Sozialabbau mit „Europa“ zu begründen, und sich hinter der Währungsunion zu verstecken. Die französische Regierung macht diesen Winter die Erfahrung, daß die Arbeiter dieses Spielchen nicht länger mitmachen wollen.

von zu erwarten haben, ist ein von Armut gebeutelter Polizeistaat.

Das kann ihre Wünsche und Hoffnungen auf Unabhängigkeit, Freiheit und ein anständiges Leben nicht erfüllen und keine Basis für einen stabilen Frieden im Nahen Osten legen. Die Freiheit der Palästinenser und die Stabilität der Israelis können nicht von ihnen bürgerlichen Führern gewährleistet werden. Dies kann nur erreicht werden durch einen gemeinsamen Kampf der israelischen und arabischen Arbeiterklasse zur Überwindung von Kapitalismus, Rassismus und Unterdrückung.



Malcom X, schwarzer Bürgerrechtler, 1965 ermordet. „Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus.“

# Massenprotest gegen Diskriminierung

Es war eine der größten Demonstrationen in der Geschichte der USA, seit Martin Luther Kings Marsch auf Washington als am 16. Oktober 1995 eine Million Schwarze zum Capitol pilgerten. Der „Million-Männer-Marsch“ wurde vorwiegend von der „Nation of Islam“ unter ihrem Führer Louis Farrakhan organisiert. Er fand zu einem Zeitpunkt statt, als durch den Simpson-Prozess einem internationalen Publikum der klaffende Abgrund zwischen der schwarzen und weißen Gesellschaft in der USA deutlich wurde.

VORAN befragte Shawn und Richard, Mitglieder von Labour Militant (US-Schwesterorganisation der SAV), zur Stimmung in der schwarzen Bevölkerung.

Richard: Kein politischer Aktivist kommt umhin, von der massenhaften Teilnahme an dem Marsch beeindruckt zu sein, der einer der größten schwarzen Kundgebungen der jüngeren Geschichte war. Als ich in die Gesichter der Menge sah, wurde mir klar, daß die Leute vor allem aus einem Grund gekommen waren: sie wollten etwas ändern an ihrem Leben, an den Zuständen in der schwarzen Gemeinde, sie suchten Lösungen.

Über ein Drittel aller schwarzen Familien lebt unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. Die Lebenserwartung eines Schwarzen in Harlem lag 1992 mit durchschnittlich 46 Jahren niedriger als in Bangladeshi-

Und während der schwarze Bevölkerungsteil nur 12 Prozent beträgt, ist fast jeder zweite Gefängnis-insasse ein Schwarzer. Vor diesem Hintergrund wird klar, warum der Marsch eine solche Anziehungskraft auf Schwarze hatte.

**„So ein großes Zusammenkommen ist ein mächtiger Anstoß. Wir brauchen mehr Jobs. Wir sollten aufhören, die Regierung um etwas zu bitten, und es selbst in die Hand nehmen.“**

Mikal Shakir, Chicago, Teilnehmer des „Million-männer-marsch“

Shawn: Auffällig war der geringe Anteil von Jugendlichen. Es waren auch nicht die Armen aus den schwarzen Stadtvierteln da, weil sie sich schon allein die Fahrtkosten nach Washington nicht leisten können. Es waren überwiegend die etwas besser gestellten Schichten der Schwarzen sowie Studenten. Ich sage „etwas besser“, denn auch schwarze Arbeiter verdienen natürlich in der Masse nicht viel.

**VORAN: Auffallend war ja vor allem, daß Frauen ausdrücklich ausgeschlossen waren.**

Shawn: Ja, ursprünglich. Das zeigt auch wie reaktionär Farrakhans Haltung sich zu Frauen ist: sie sollten sich zu Hause um die Familie kümmern und den Kindern „Werte beibringen“. Aber Farrakhan mußte

kurz vor dem Marsch noch einen halben Rückzieher machen und hat erklärt, Frauen dürfen teilnehmen. Es waren auch einige Frauen dabei.

Was würdet ihr als positiv einschätzen an dem Marsch?

Shawn: Positive Aspekte sind sicher, daß es eine Demonstration der Stärke war. Allein aus Chicago, wo ich lebe, sind 50 000 hingefahren. Hinterher war verstärkte Aktivität und Engagement in den schwarzen Stadtvierteln festzustellen. Richard: Die Ideologie der 80er Jahre war, jeder denke an sich zuerst: „Ich zuerst, zuletzt und überhaupt immer“. Der Marsch zeigt einen Umschwung in der Stimmung an, für die Übernahme persönlicher Verantwortung, sich zu kümmern darum, was in den Gemeinden geschieht, nicht nur aus schnelle Geld zu denken. Die zentrale Idee schien zu sein: zurückzugehen in die Stadtviertel, sich um Jugendliche und Alte zu kümmern. In diesem Sinne war es ein Schritt nach vorn.

Und die Kehrseite?

oder auf die rassistischen Gesetze gegen Kokaingebrauch hinwies, das Strafmaß für Kokain-schnupfen (was überwiegend Weiße tun) ist wesentlich geringer als das für Kokain oder Crack rauchen, was die Schwarzen tun. Er erhielt den stärksten Applaus.

**Wie seht ihr die weiteren Perspektiven?**

Shawn: In der schwarzen Gemeinde herrscht eine sehr krasse Klassendifferenzierung, die sich auch in der politischen Orientierung zeigt. Die schwarze Kapitalistenklasse orientiert sich an Powell (Ex-Generalstaatschef im Weißen Haus). Die Studenten sehen eher Farrakhan als ihren politischen Führer. Und die schwarze Arbeiterklasse setzt ihre Hoffnungen überwiegend auf Jesse Jackson. Vor allem arbeitende schwarze Frauen sind sehr stark politisiert, weil sie unter Druck von allen Seiten stehen.

Jesse Jackson hatte in seiner Präsidentschafts-Vorwahlkampagne 1988 viel Unterstützung, von den schwarzen wie auch von den weißen Arbeitern und Armen. Aber er ist im Schlepptan von Clintons Demokratischer Partei, von denen sich die Schwarzen und andere unterdrückte Schichten enttäuscht abwenden. Jesse Jackson muß sich bald von Demokraten trennen, wird er ins politische Abseits geraten.

Richard: Viele Schwarze sind

Richard: Der Marsch zeigte einerseits die immense Bereitschaft, sich zu engagieren, andererseits die enorme Schwäche der politischen Führung. Farrakhan sprach zweieinhalb Stunden lang vor allem darüber, daß die Schwarzen selbst verantwortlich seien und „Buße tun“ sollen, er ging auf religiöse Dinge ein und erzählte viele mystischen Unsinn. Die zentrale Probleme Arbeitslosigkeit, Armut und Wohnungsfrage sprach er nicht an, ganz zu schweigen von den Ursachen. Er betonte, man wolle nicht protestieren. Niemand wies mit dem Finger auf das Gebäude des Kongresses im Hintergrund, wo die politischen Entscheidungen getroffen werden, die die Ursache für die Misere der schwarzen Bevölkerung wie auch bei anderen Bevölkerungsgruppen ist.

Shawn: Allerdings war zu be-

**Niemand wies mit dem Finger auf das Gebäude des Kongresses im Hintergrund, wo die politischen Entscheidungen zugunsten des Big Business gefällt werden, die die Ursache für die Misere der schwarzen Bevölkerung wie auch bei anderen Bevölkerungsgruppen ist.**

obachten, daß viele ihm hinterher nicht mehr intensiv zuhörten. Ganz anders bei der Rede Jesse Jacksons. Man sah Leute angespannt zuhören. Seine Rede war auch politischer. Richard: Er traf einen Nerv, als er über Arbeitslosigkeit sprach

Menschen gesprochen hätte? 1964 sagte er: „Das System in diesem Land kann kein Freiheit für Afro-Amerikaner produzieren. Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus.“

**Hat der Fall OJ Simpson auch zur Mobilisierung der Schwarzen beigetragen? Wie schätzt ihr die Stimmung dazu ein?**

Shawn: Die Demonstration so kurz nach Prozeßende lag natürlich günstig für die Mobilisierung. Der Prozeß hat in den USA enorm polarisiert. Die Schwarzen haben den Ausgang beibehalten. Wichtig für sie war, daß der eingebaute Rassismus in den staatlichen Institutionen und der Justiz Krass und unübersehbar zum Vorschein kam. Außerdem erschütterte der Prozeß auch den Glauben vieler Weißer an die Justiz, denn weil man ihn live verfolgen konnte, sahen viele zum ersten Mal, mit welcher unglaublichen Verfahrrensweisen solche Prozesse ablaufen. Daß Beweismittel manipuliert werden, wie dies der rassistische Inspektor Mark Fuhrmann offenbar getan hatte und was die Jury zum Freispruch kommen ließ, ist für schwarze Angeklagte Alltag.

**Aber das Urteil hinterläßt doch auch gemischte Gefühle. Die Frage von häuslicher Gewalt gegen seine Frau Nicole Brown schien kaum eine Rolle zu spielen.**

Shawn: Viele gehen davon aus, daß er eigentlich schuldig ist. Er hat erweisenmaßen jahrelang brutale Gewalt gegen seine Frau angewendet. Daß dies rund um den Prozeß nicht zum Thema gemacht wurde, stößt vielen auf.

Andererseits haben auch gerade Schwarze nicht viel für die Familie von Nicole Brown übrig gehabt, die immer wieder auf die Gewalttätigkeiten von OJ hingewiesen haben. Denn sie haben auch schon lange vor dem Mord davon gewußt, sind aber nicht eingeschritten. Stattdessen haben sie sich gebührende Jobs von OJ vernünftigen lassen und zur Behandlung von Nicole geschwiegen, bis zum Prozeß jedenfalls, und das empfinden viele Schwarze als Heuchelei. „Wenn ein schwarzer Mann reich geworden ist, dann heiratet ihn eine weiße Frau. Warum heiratet sie keinen armen schwarzen, Schläcker?“ So war zum Teil die Stimmung unter den Schwarzen.

**Daß Simpson zu den Reichen im Land gehört tut seiner Unterstützung unter Schwarzen keinen Abbruch?**

Shawn: Viele sehen allerdings, daß der Preispruch nur dadurch möglich war, daß OJ sich ein Anwaltsteam 20 000 Dollar täglich kosten lassen konnte. Ein Sozialarbeiter sagte: „Es gibt viele 'No-Js' (Name: Name) die nicht die Finanzmittel eines OJ haben und hinter-Gittern bleiben.“

Schon in einem frühen Stadium des Prozesses stimmte die Staatsanwaltschaft zu, daß sie nicht auf Todesstrafe plädieren würde. Man vergleiche dies mit der Behandlung von Mumia Abu Jamal, ein früherer Black Panther und schwarzer Aktivist, der immer noch in der Todeszelle sitzt für ein Verbrechen, das er nicht begangen hat.

Viele Schwarze bekommen noch nicht einmal ein ordentliches Gerichtsverfahren, sondern man „einigt“ sich in Vorverfahren auf eine Strafe, die wie am Fließband abläuft. Ein Drittel aller schwarzen Männer in den USA sind entweder im Gefängnis, unter Anklage oder unter Bewährung.

# Britannien: Zeit für eine sozialistische Partei

**Der Vorstoß des Bergarbeiter-Vorsitzenden Arthur Scargill hat in Britannien eine lebhaft debattierte Neugründung einer neuen sozialistischen Partei ausgelöst. Landauf, landab finden Diskussionsveranstaltungen in gewerkschaftlichen und linken Kreisen statt.**

Unser Autor James Long aus London, Mitglied von Militant Labor (britische SAV-Schwesterorganisation), und fast 30 Jahre Mitglied der Labour Party, berichtet über die Entwicklungen und Hintergründe:

Arthur Scargills Vorstoß ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Labour-Party hat sich in den letzten 10 Jahren bis zur Unkenntlichkeit verwandelt. Von einer der linkensten sozialdemokratischen Parteien Europas noch zu Beginn der 80er Jahre wurde sie zu einer der konservativsten. Was den Labour-Rechten in den 50er Jah-

Mitgliedschaft und den Abbau innerparteilicher Demokratie. Zwischen 1989 und 1991 verlor die LP wegen des Rechtsstrucks der Parteiführung 55 Prozent der Mitglieder. Seit Blair Parteiführer wurde, traten über 100 000 neue Mitglieder ein, überwiegend aus der Mittelschicht, auf die sich Blair stützen konnte. Die traditionellen Bindungen zu den Gewerkschaften wurden gekappt, besonders auf örtlicher Ebene. Die Strukturen der Partei wurden geschwächt, man ging zunehmend zum Mittel der Urabstimmung über, um über Positionen und Politik zu entscheiden. An der postalsischen Abstimmung über den neuen Vorstand nahmen allerdings von den derzeit 351 000 Mitgliedern nur 120 700 teil.

Schon in den vergangenen Jahren gab es eine Welle von Ausschlüssen und Säuberungen gegen zahlreiche Parteilinke, sofern sie nicht von selbst das Handtuch warfen, prominente

beiter katastrophal. 14 Millionen Menschen hängen von staatlichen Sozialleistungen ab, die zudem drastisch zusammengezurrt wurden. Auch wer Arbeit hat, muß ums Auskommen kämpfen.

Britannien ist ein Niedriglohnland geworden. 10 Millionen Arbeitnehmer verdienen weniger als 300 DM in der Woche. Die Lohnquote (Anteil der Lohnsumme am Sozialprodukt) fiel von 72 Prozent im Jahr 1975 auf 62,1 Prozent heute, was einen durchschnittlichen Nettolohnverlust von 500,- DM im Monat für jeden Arbeiter bedeutet.

Selbst die besser verdienenden Arbeiter und die Mittelschichten, letztere lange Zeit die soziale Basis der Tories, sind gebeutelt. Die letzte Rezession hat dazu geführt, daß hundertaussende Familien technisch bankrott sind, weil unter dem Wert der Eigenheime jetzt genommenen Kredits liegen.

Da die Tories ihre Massenbasis verlieren, braucht die herrschende Klasse eine anderes Vehikel, durch das sie regieren kann. Von hier kam der Druck, die Labour Party zu einer normalen bürgerlichen Partei umzuwandeln.

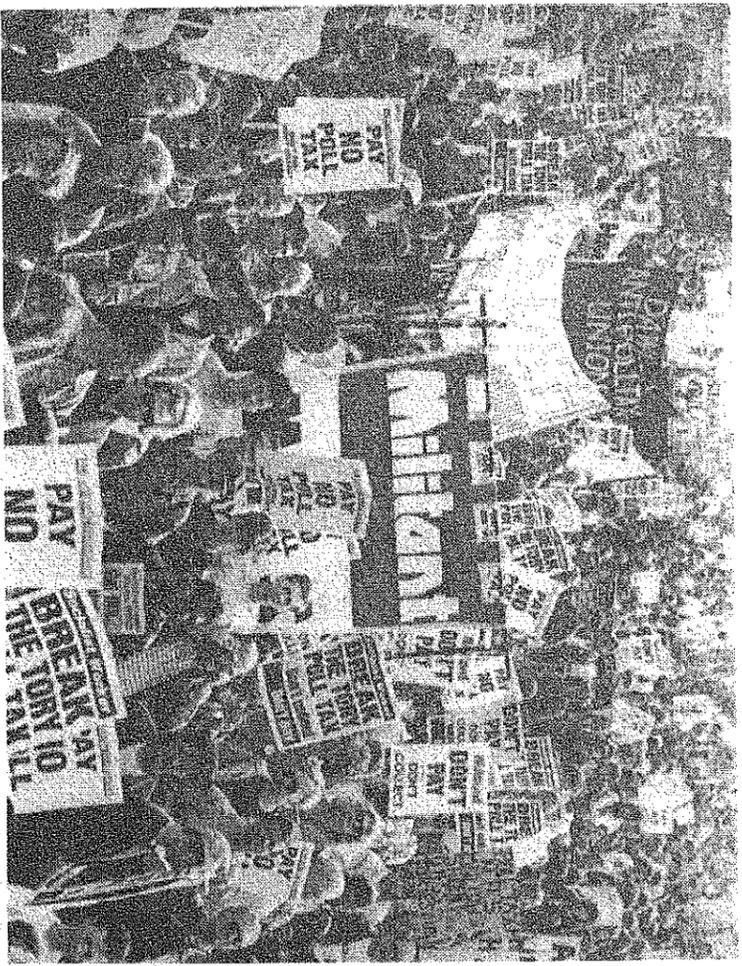
## Nächste Labour-Regierung

Labours Stern wird allerdings ganz schnell weder sinken, wenn die Partei an der Regierung ist. Nach einem Wahrscheinlichen Labour-Wahlstieg bei den Parlamentswahlen, die bis Anfang 1997 abgehalten werden müssen, wird die Labour Party die Politik der Konservativen mit unvernünftigen Härte weiterführen. Blair möchte vermeiden, daß sich dann durch den Druck der Gewerkschaften oder der Parteibasis eine Opposition gegen seine Big-Business-Politik erheben kann.

Dies sind die Gründe für seine Konterrevolution in der Partei. Durch den Abbau der Verbindungen zu den Gewerkschaften und der innerparteilichen Demokratie wird es nahezu unmöglich, daß sich zukünftige Klassenkämpfe in die Partei tragen und sich dort wieder ein linker Flügel bilden könnte.

Arthur Scargill hat mit seiner Analyse der Labour Party völlig recht. Militant Labor hat dies schon vor Jahren so eingeschätzt und sich deshalb 1992 von der Partei getrennt, um eine eigenständige sozialistische Organisation aufzubauen, als Beitrag zum Wiederaufbau sozialistischer Massenorganisationen der Arbeiterbewegung und Jugend.

Der Rechtsruck von Labour hat ein großes Vakuum hinterlassen. Die Stimmung unter Gewerkschaftsaktivisten, Frauen, Immigranten und Jugendlichen ist reif für eine neue sozialistische Partei. Nach Umfragen sehen sich über zwei Millionen Menschen als „links von Labour“. Bei einem ersten Diskussionsstreifen in London waren Aktivisten der Eisenbahnergewerkschaft RMT, der



Die erfolgreiche Bewegung gegen die Kopfssteuer zeigt das Potential für eine neue linke Kraft.

größten Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes UNISON und der Bauarbeitergewerkschaft UCATT vertreten. Ein Appell an die Gewerkschaften, sich einer neuen Partei anzuschließen, könnte auf fruchtbaren Boden fallen.

Zwar würden zu Beginn wohl nicht die großen Gewerkschaften insgesamt teilnehmen. Massenlauf kann eine neue sozialistische Partei vor allem dann bekommen, wenn Blair erst an der Regierung ist und unweigerlich mit der Arbeiterklasse und Jugend in Konflikt geraten wird. In der Zwischenzeit würden aber neue Schichten, die bisher noch nicht politisch aktiv waren, von einer neuen Partei mit klarem sozialistischem Banner angezogen werden. Selbst die ältere Generation von Aktivisten, die sich vielfach resigniert zurückgezogen hat, könnte in Teilen neu belebt werden.

## Offene Strukturen

Schlecht vorbereitet und ungesetzlich, kann Scargills Vorstoß aber auch zur Bruchlandung führen. Sein Hinweis auf Parteistrukturen ohne „Querelen“ deutet darauf hin, daß er keine offene, lebhaft Partei sondern eher eine stromlinienförmige, autoritäre Struktur im Auge hat. Dies wäre fatal, denn es würde gerade Jugendliche und bisher Unorganisierte abschrecken.

Es würde eher zur Gründung einer exklusiven Kleingruppe führen als zu einer breiten sozialistischen Massenpartei unter Einschluß aller Kräfte, die sich zum Sozialismus bekennen.

Militant Labour setzt sich dafür ein, daß eine solche neue Partei ein sozialistisches Programm hat, eine offene, demokratische Struktur mit dem Recht auf Organisierung politischer Strömungen sowie eine Orientierung auf Gewerkschaften wie auch neue Schichten Unorganisierter.

## Scargills Vorschläge

In einem neunseitigen Thesenpapier begründet Scargill seinen Vorschlag. Wir dokumentieren Auszüge:

„Radikale Opposition in Britannien wird heute nicht mehr durch Labour und die Gewerkschaftsbewegung vertreten, sondern von solchen Gruppierungen wie die Anti-Kopfssteuer-Bewegung, von Organisationen die gegen Autobahnbau und für Tierrechte eintreten, von Greenpeace und anderen anti-nuklearen Kampagnen... Dies sind heute die Stimmen des Protests und der direkten Aktion, die uns daran erinnern, daß wir nur durch direkte Aktion, einschließlich gewerkschaftlicher und durch Mißachtung ungerechter Gesetze wirklichen Fortschritt erreichen können, während eine todgeweihte Labour-Party und Gewerkschafts-Hierarchie zusammen mit bürgerlichen Kapitalisten sich diesen Gesetzen unterzuordnen.“

„Die Umwelt- und Basis-Organisationen leisten hervorragende Arbeit, sind aber unvermeidlich auf einen Zweck begrenzt, ohne klare politische Perspektive... Eine sozialistische Labour-Party wäre in der Lage, die Massenopposition gegen Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Umweltzerstörung zusammenzufassen.“

Denenjenigen, die weiterhin in der Labour-Party bleiben und für linke Politik kämpfen wollen, hat er vor, „diese Haltung verkennet oder will nicht sehen, daß die Parteiloyalität jetzt effektiv verhindert“. Labours neue Statuten und Ziele können nur als regelrechtes Desaster bezeichnet werden und machen es zunehmend schwierig, wenn nicht unmöglich, in der Partei für Sozialismus einzutreten.“

„Labour hat ihre Politik in allen fundamentalen Fragen verändert, wie sie über viele Jahre auf Parteilisten formuliert wurde, einschließlich der Haltung zu Privatisierung, Mindestlohn, Arbeitslosigkeit, Renten, Gesundheitswesen, Bildung, Europa, nukleare Abrüstung, Anti-Gewerkschafts-Gesetzgebung, wodurch sich die Partei selbst verändert hat.“ Labour unterscheidet sich praktisch nicht mehr von der Demokratischen Partei in den USA... oder, was näherliegender ist, von den Liberalen in Britannien.“

Zu seinen Vorstellungen zur Gründung einer Sozialistische Labour Party führt er aus:

- sie müsse „auf der Grundlage des Verständnisses einer Klassengesellschaft und der Vertretung von Klasseninteressen“ stehen
- sie bräuche „ein einfaches sozialistisches Statut und eine Struktur, die dazu geeignet ist, den Klassenind zu bekämpfen. Diese Struktur würde erfordern, daß interne Querelen und sektiererische Diskussionen aufhören müssen.“
- sie solle „in jedem Wahlkreis zu Parlamentswahlen antreten, wobei wir das Parlament nur als ein Element der Demokratie betrachten“ sollten.

Zur Vorgehensweise schlägt Scargill vor, „ein Diskussions-Konferenz einzuberufen, zu der alle eingeladen werden sollen, die sich zur Gründung einer solchen Partei verpflichten, mit dem Ziel, ein Statut und eine Struktur für die SLP zu formulieren.“ Am 1. Mai 1996 könne dann eine Gründungskonferenz abgehalten werden.“

## Arthur Scargill

Arthur Scargill ist Vorsitzender der britischen Bergarbeiter-Gewerkschaft NUM und war bisher eine zentrale Figur des linken Flügels der Labour-Party. International bekannt wurde er durch den legendären Streik der Bergarbeiter gegen die Thatcher-Regierung 1984/85.

Die NUM kämpfte damals erbittert gegen die Regierungs-Pläne zur Schließung vieler Kohlegruben, aber auch gegen anti-gewerkschaftliche Gesetzgebung und den Versuch, die Gewerkschaften massiv zu schwächen.

Vom Ausgang dieses Arbeitskampfes hing für die britische Gewerkschaftsbewegung ab, ob sich Thatchers rabiatere Kurs gegen die Arbeiterbewegung insgesamt durchsetzen konnte. Dennoch versagte die Führung des Gewerkschaftsdachverbandes TUC den Bergarbeitern aktive Unterstützung, so daß die NUM allein gegen Regierung, Medien, brutale Polizeieinsätze und Beschlägnahme der Streikkasse stand. Ein ganzes Jahr lang hielten die Bergarbeiter durch, ohne Streikgelei, jedoch unterstützt von einer breiten Solidaritätsbewegung von unten, sowohl in Britannien als auch in Europa. Auch in der BRD gab es damals zahlreiche gewerkschaftliche Solidaritätskomitees.

Der Arbeitskampf endete in einer Niederlage und bahnte der konservativen Regierung den Weg für die massive Schwächung der Gewerkschaften und den Abbau vieler sozialer Errungenschaften. Scargill als Vorsitzender der NUM erwarb sich damals der Ruf eines unbegrenzten, nicht korrupten Kämpfers für die Interessen der Arbeiter.



Ah-Links wie Tony Benn oder Scargill wurden kaltgestellt. Der Generalsekretär erhielt Vollmacht, zukünftig allein das letzte Wort bei der Neuaufnahme von Mitgliedern zu haben bzw. diese ablehnen zu können.

## Krise der Konservativen

Zwar führt Labour derzeit in den Umfragen mit einem Vorsprung von 30 Prozent vor der Regierungspartei. Dies liegt aber vor allem an der Krise der konservativen Tories und daran, daß fast alle großen bürgerlichen Medien nicht mehr die Tories unterstützen, sondern

Blairs Labour-Party feiern. Das Ergebnis der 16jährigen Tory-Herrschaft ist für die Ar-

## Bürokratische Methoden

Möglich wurde dies vor allem auch durch eine Veränderung in der Zusammensetzung der

# Des Kanzlers Loyale Opposition



Die SPD-Führung nach dem Parteitag möglicherweise genießt, wird über kurz oder lang aufgebraucht sein. Letztlich wird sich die materielle Politik durchsetzen, wie sie die SPD auf allen Ebenen, im Bunderrat, in der Großen Koalition betreibt, denn das ist es, was die Wähler am eigenen Leib spüren. Da helfen die feurigsten Reden nichts.

Dennoch zeichnet sich in den Meinungsumfragen ein Zuwachs für die SPD ab, genährt durch die Hoffnung der Wähler, der auch über die drei Land-

teile erhohten. Durch den spektakulären Verlauf des Parteitags und Lafontaines Rede wurde dies in den Hintergrund gedrängt. Im Unterschied zu Schröder, der eine CDU-Politik auch so nennt und sie nicht mehr in verbälen Mogeipackungen verstecken will, hält Lafontaine noch etwas ideologischen Balsam für die sozialdemokratische Seele bereit.

Lafontaine präsentierte in seiner Rede die linkensten Aussagen, die er im Rahmen einer insgesamt arbeitnehmerfeindlichen politischen Linie noch vertreten konnte. Das kommt zunächst einmal an, bei der Basis wie auch bei den frustrierten SPD-Wählern, die sich eine Perspektive erhoffen, endlich die Kohl-Regierung loszuwerden.

Doch der Vorschub, den die SPD-Führung nach dem Parteitag möglicherweise genießt, wird über kurz oder lang aufgebraucht sein. Letztlich wird sich die materielle Politik durchsetzen, wie sie die SPD auf allen Ebenen, im Bunderrat, in der Großen Koalition betreibt, denn das ist es, was die Wähler am eigenen Leib spüren. Da helfen die feurigsten Reden nichts.

Dennoch zeichnet sich in den Meinungsumfragen ein Zuwachs für die SPD ab, genährt durch die Hoffnung der Wähler, der auch über die drei Land-

Wir hätten da ein Projekt vorzuschlagen, das sicher quer durch alle „Milieus“ Anklang findet: einen anständig bezahlten Arbeitsplatz und menschenwürdige Wohnung für jeden, saubere Umwelt und mehr Lebensqualität. Vom Sozialhilfempfänger bis zum besserwertenden Ingenieur würden vermutlich alle zustimmen. Der Knackpunkt ist, daß in der heutigen Zeit selbst diese bescheidenen Forderungen vom angeblich besten aller Systeme nicht mehr erfüllt werden können.

Zwar hat die Politik der 80er Jahre das Spaltens und Ausgrenzens der Armen eine stärkere soziale Differenzierung geschaffen. Aber nach wie vor do-

## Links antäuschen, rechts vorbeiziehen

# rechts vorbeiziehen

Zum ersten Mal in der 130jährigen Geschichte der SPD wurde ein amtierender Vorsitzender abgewählt. Es war ein Aufbegehren der Delegierten gegen das „Dampf ablassen und dann weiter wie bisher“, wie es die Parteitagsregie offenbar geplant hatte. Aber war es ein letztes Aufbegehren oder ein Aufbruch zu neuen Ufern? Ist es ein Linksrutsch, wie ihn Union und FDP beschwören?

**Angela Bankert, Köln**

Der Umgang mit der PDS soll ein Stück weit pragmatischer werden. Lafontaine erklärt, daß er rot-grün und eine Mehrheit links von der Union als Perspektive zur Ablösung der Kohl-Regierung sieht. Die Blockade dieser Perspektive durch die bisherigen Vorsitzenden hat demnach lähmend gewirkt, daß nun schon das Aussprechen solcher Selbstverständlichkeiten wie ein linker Befreiungsschlag wirkt.

Es war diese Lähmung, die Politik der Zusammenarbeit mit der CDU auf Länder- und Bundesebene, die SPD-Delegierte, Mitglieder und Wähler nach einer Alternative suchen ließ. Schröder lag in Umfragen unter der SPD-Mitglied- und Wählerschaft weit vor Schärping.

Allerdings ist Schröder bei aktiven Mitgliedern wegen Querstrebens und allzu offensichtlicher Unternehmer-Lobbyismus nicht sehr beliebt. Da

kam Lafontaine als Hoffnungsträger gerade recht. Aber wird er ihnen gerecht?

Er hat als einer der ersten Amtshandlungen Schröder erneut in wirtschaftspolitische Führungsfunktion bestellt. Ist es also doch so, daß es keinen Unterschied zwischen sozialdemokratischer und CDU-Wirtschaftspolitik gibt? Er beläßt den Fraktionsvorsitz nach wie vor bei Schärping. Wir haben also auf der personellen Ebene dieselbe „Troika“ wie zuvor, nur mit vertauschten Rollen.

Auf der inhaltlichen Ebene wird noch deutlicher, daß es keineswegs ein Aufbruch war. Was auf dem Mannheim-Parteitag beschlossen wurde, ist kein Linksrutsch gewesen, sondern im Gegenteil ein weiterer Rechtsruck.

**CDU-Beschlüsse**

Im wirtschaftspolitischen Leittrag wird festgelegt, daß in der Sozialpolitik „nicht alles, was wünschenswert ist, auch finanziert werden kann.“ Damit wird zum ersten Mal in Beschlufsform der Abgesang auf die sozialen Erinnungschaf-ten der Vergangenheit festgehalten, was freilich schon langst praktische Politik der SPD-Mandatsräger auf allen Ebenen ist.

Peter Conradi (MdB) bemerkt, der Antrag „könnte weitgehend von der CDU stammen.“ Mittelstandsförderung und Entlastung der Unternehmer ist das Motto. Gegen den Wider-

stand der Kommunalpolitiker wurde die Abschaffung der Gewerbesteuer beschlossen, eine alte Forderung von CDU und FDP.

Im Leittrag zur Reform des öffentlichen Dienstes werden Wettbewerb, Flexibilisierung und Angriff auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes angekündigt. Auch dies ist

tagswahlen im nächsten Frühjahr abhalten könnte. Wenn dann die FDP vollends untergeht und die Krise der Regierungsparteien mehr in den Mittelpunkt rückt, könnte dies der SPD eine Atempause verschaffen.

**Individualisierung?**

Das Tief bei den Wählern mag



Bei Arbeitskämpfen vor allem im öffentlichen Dienst steht die SPD auf der Arbeitgeber-Seite, die Basis in der Arbeiterschaft schrumpft. Daran ändern Lafontaines linke Sprüche nichts

schon länger die Politik der SPD-Ministerpräsidenten, die in Niedersachsen und Schleswig-Holstein die Verlängerung der Arbeitszeit für Lehrer und Beamte verfürgen oder wie

Bremens Regierungschef Scherf eine 9prozentige Lohnsenkung durchsetzen will.

Die Spar- und Kürzungspolitik der SPD auf Länderebene zu Lasten der arbeitenden Bevölke-

der Parteitag aufgehoben haben, die politische Krise der Sozialdemokratie nicht. Deren Ursachen liegen tiefer und sind nicht durch personelles Auswechseln zu lösen.

Eine der gängigsten Erklärungen für die Krise der SPD lautet: die Partei schaffe den Spagat zwischen den verschiedensten Milieus nicht, die Arbeiterklasse gäbe es kaum

miniert der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital. 80 Prozent der Bevölkerung sind Arbeiter mit und ohne Arbeit, kleine Angestellte und Beamte. Um ihre gemeinsamen Interessen durchzusetzen, müßte man sich mit den Herrschenden und ihrem Profitsystem anlegen.

Genau dazu ist die SPD-Führung nicht bereit. Übrigens auch Grüne und PDS nicht, sie haben

bisher nur noch nicht austreichend Gelegenheit, das an vorderster Front unter Beweis stellen zu müssen.

**Ursache**

„Das sozialdemokratische Jahrhundert geht zuende.“ (Ralf Dahrendorf).

„Die goldenen 40 Jahre dieses Jahrhunderts haben wir hinter-

uns. Sie sind vorbei, sie werden so schnell nicht wiederkommen.“ (Oto Graf Lambsdorff).

Beide Aussagen sind eng miteinander verbunden als es auf den ersten Blick scheint. Denn der politische Niedergang der Sozialdemokratie hängt eng mit der wirtschaftlichen und sozialen Krise des kapitalistischen Systems zusammen, das seine goldenen Jahre in der Tat unwiderruflich hinter sich hat.

In Zeiten wirtschaftlichen Wachstums konnte SPD zusammen mit den Gewerkschaften Verbesserungen und Reformen durchsetzen. In Zeiten der sich verschärfenden wirtschaftlichen Krise wie heute funktioniert die sozialdemokratische Reformpolitik der herkömmlichen Art nicht mehr, die im Verteilen von Zuwächsen bestand.

Nach Ansicht der herrschenden Klasse gibt es heute nichts mehr zu verteilen, nur noch etwas wegzunehmen. Und das ist die tiefere Ursache der Krise der SPD, nicht die verschiedenen Temperature-dieser oder jener Führungsfigur.

Da sie sich der kapitalistischen Krisenverwaltung verschrieben hat, gerät die SPD immer mehr in Gegensatz zu ihrer Wählerbasis, der traditionellen Arbeiterschaft, ebenso wie der Jugend oder (noch) etwas besser gestellten Schichten.

Zunehmend verallgemeinern sich die Angriffe auf den Lebensstandard aller Teile der Bevölkerung, selbst im Wirtschaftsaufschwung. Das bedeutet, daß sich die SPD weiter nach rechts entwickeln und die Bindungen zu ihrer Basis sich weiter lockern werden.

Kurzfristig bedeutet das, daß es keine Oppositionspartei gegen die Kohl-Regierung gibt es dieser leichter gemacht wird, ihre Angriffe durchzuziehen.

Doch ebenso, wie der Zusammenbruch des real existierenden Stalinsystems mittelfristig den Blick freimacht für eine sozialistische Demokratie, so macht der Verfall der Sozialdemokratie den Weg frei für neue sozialistische Organisationen. Der Prozeß der Verbürgerlichung der SPD geht weiter und hinterläßt links von ihr ein immer größeres Vakuum. Andere Kräfte werden hinstoßen. In Ostdeutschland wird es zum Teil durch die PDS ausgefüllt.

Auch auf internationaler Ebene sind aus Abspaltungen der traditionellen Arbeiterparteien (SP und KP) sowie aus gewerkschaftlichen und sozialen Bewegungen neue Parteien mit sozialistischem Anspruch entstanden: die RC (Kommunistische Neugründung) in Italien, die Linkspartei in Schweden, die Vereinigte Linke in Spanien, in Britannien und Griechenland sind solche Formationen aus der Labour Party und der PASOK gerade im Entstehen begriffen.

Allerdings ist die Politik solcher neuen Parteien nur dann erfolgversprechend, wenn die Lehren aus dem politischen Verfall von Sozialdemokratie und Stalinsismus gezogen werden. Denn die Aufgabe besteht darin, neue sozialistische Massensparteien aufzubauen, ohne Gebrechen der alten zu wiederholen, um einen ernsthaften Kampf gegen das System und für eine sozialistische Demokratie aufzunehmen, zu können. Die SAV und unsere internationale Organisation, das Komitee für den Aufbau einer Arbeiterinternationalen, wollen eigenen Beitrag dazu leisten.

# Das Kammerloyale Opposition

## Grüne: Wenig Öko, viel FDP

Vor allem junge Menschen und Frauen sehen die Grünen als linke Alternative zur Kohl-Regierung und zur SPD. Bei den Wahlen in Bremen, Nordrhein-Westfalen und Berlin konnten sie gute Ergebnisse erzielen, in Baden-Württemberg liegen sie in Umfragen bei 18 Prozent, bundesweit zwischen 11 Prozent und 13 Prozent. Stimmen für die Grünen sind Stimmern für eine linke, sozialere ökologische Politik, sind Protest gegen die kaum von der CDU zu unterscheidende SPD. Doch die Motivation ihrer Wählerinnen steht in heftigem Widerspruch zur Politik der Partei.

### Claus Ludwig, IG Medien-Mitglied, Köln

Augenfällig wurde dies bei der letzten Bundesversammlung in Bremen vor allem bei der Frage des Bundeswehrersatzes in Bosnien. Immerhin 37 Prozent der Delegierten stimmten dem Fischer-Kurs zu. Die grüne Bundestagsfraktion schließt sich mehrheitlich der großen Koalition für militärische Auslandseinsätze an. Die bindungslose Bundesversammlung verhielt sich nicht anders als der SPD-Parltag: eigentlich sind wir gegen Kampfeinsätze, aber den Abgeordneten lassen wir freie Hand.

Joschka Fischer behauptet, daß militärische Interventionen gegen „Völkermord“ eine linke Position seien und unterstellt den grünen Gegnern von UN-Kampfeinsätzen, sie wären „Isolationisten“ wie die konservativen Republikaner in den USA. Abgesehen davon, daß der Begriff „Völkermord“ auf den von allen Seiten national-

istisch-reaktionären Krieg auf dem Balkan nicht zutrifft: Es ist keine „linke“ Position, den herrschenden Mächten, die für Ausbeutung und Unterdrückung verantwortlich sind, die Lösen von Problemen wie auf dem Balkan zuzusetzen. Für viele Mitglieder und Anhänger der Grünen, die sich als prinzipielle Kriegseegner verstehen, ist das Umschwenken großer Teile der Partiführung auf die Kohlsche außenpolitische Linie ein Schock. Für sie wird die Partei damit prinzipiell in Frage gestellt. Aber auch im Fragen der Wirk-

schafts- und Sozialpolitik und sogar in ihrem eigentlichem Gebiet, dem Umweltschutz, ist die Rechtsentwicklung der Bundesregierungen so rasant, daß der Fischer-Gian teilweise die SPD links hinter sich läßt.

### Grüner Sozialabbau

Der Bremer Grünen-Politiker Fucks beantwortete, damals noch Umweltsenator, den Verkauf der Stadtwerke, für die sie in fernen Zeiten noch atomstromfreie Konzepte ausgearbeitet hatten, an den Atomstromproduzenten PreAG, den energiepolitischen Feind aus eben diesen fernen Zeiten. Der grüne Umweltsenator Fucks bezeichnete die Verbotnung von Grüne-Punkt-Plastikmüll im Klöckner-Stahlwerk als Paradebeispiel für den Interessensausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie. Ein Umweltsenator: „pervers“ (nach SZ, 14. 12. 95).

Der grüne Finanzpolitiker im Frankfurter Magistrat, Tom Koenigs, ist Vertreter beim Verkauf des kommunalen Tafelsilbers und zum Vorbild konservativer Sparpolitik geworden.

Der grüne Justizminister Hesses, v. Plohnitz, verteidigt die Abschlebepraxis. Nach einigen bedauernden Äußerungen über die Zustände in den Abschlebegefängnissen meint er: „Alledings läßt sich nicht ernsthaft darüber streiten, daß jemand, der sich erklärmaßen illegal in der BRD aufhalten will, obwohl er von einer rechtskräftigen Abschiebung betroffen ist, in Abschiebehaft genommen wird (faz. 11. 4. 95).

### Grüne Thatchers

Während die Grünen mit ihren „Kompromissen“ im Umweltbereich ungemein in der Öffentlichkeit prozieren, kennen sie im sozialen Bereich keine falsche Scham. Die grüne Finanzexpertin in Berlin, Michaela Schreyer, verteidigte sich wegen ihrer massiven Kürzungsvorschläge bei der FAZ den Ehrennamen „grüne Maggie Thatcher“ (Köln-Stadtmagazin, 19. 10. 95).

In Baden-Württemberg wirft Fraktionschef Kuhn der SPD vor, „strukturkonservativ“ zu sein, weil sie den Sozialstaat verteidige. Diesen ungeheuerlichen Vorwurf wird SPD-Kandi-

dat Spör natürlich empört zurückweisen. Kuhn fordert eine „grüne Standortdebatte“ und die steuerliche Entlastung der Unternehmen (Junge Welt, 27. 11. 95).

Joschka Fischer, der Macher in Sachen Regierungsfähigkeit, schreibt in seinem Strategiepapier: „Durch die Globalisierung wird der westeuropäische 'Faktor Sozialstaat' allerdings zunehmend zu einem drückende

de Keimem auffallen.“

Angesichts des Stellenabbaus und der steigenden Arbeitslosigkeit zeigen solche Sprüche von Verachtung gegenüber den Arbeitnehmern. Es geht nicht nur um den öffentlichen Dienst: Die Angriffe dort sind nur die Speerspitze umfassender Maßnahmen gegen alle Arbeitnehmer. Auch im Fischereihafen laufen umtassende Lohnkürzungen, bei den Hafenarbeitern

de keinem auffallen.“ Angesichts des Stellenabbaus und der steigenden Arbeitslosigkeit zeigen solche Sprüche von Verachtung gegenüber den Arbeitnehmern. Es geht nicht nur um den öffentlichen Dienst: Die Angriffe dort sind nur die Speerspitze umfassender Maßnahmen gegen alle Arbeitnehmer. Auch im Fischereihafen laufen umtassende Lohnkürzungen, bei den Hafenarbeitern

die Herrschenden aufzuschrecken.

Heute führen die Unternehmer eine Offensive gegen sämtliche sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit. Der Spielraum für Reformen schrumpft. Die Bürger und Kleinbürger bei den Grünen geraten unter Druck, dabei mitzumachen. Dieser Druck Richtung Unternehmer-Politik zeigt sich nicht nur bei den Aktiven, denen die zahl-

derung in die Fußstapfen der FDP treten wollen. Doch ob dies insgesamt gelingen kann ist fraglich. Die Grünen vertreten eher die „neuen Mittelschichten“, die FDP hatte sie im klassischen Kleinbürgertum (Kleine und mittlere Unternehmer, Freiberufler), eine politisch verlässlichere Stütze für die Herrschenden.

Der Versuch, die Grünen den Platz der FDP einnehmen zu



Bundeswehr-Einheiten über für den Einsatz im ehemaligen Jugoslawien: Die Hälfte der grünen Bundestagsfraktion stimmte dem zu. Viele in der ehemaligen „Partei der Friedensbewegung“ haben nichts gegen Militär-Einsätze in aller Welt

Kostenfaktor in der Konkurrenz um die globalen Märkte und gerät demnach immer mehr als „negativer Standortfaktor“ unter Druck (...) wir brauchen eine in sich schlüssige finanzpolitische Strategie, die Haushaltskonsolidierung, ökologischen Umbau des Sozialstaates unter Finanzierungssichtspunkten miteinander abstimmt.“ (Neues Deutschland, 21. 9. 95).

Im Klartext: Soziale Ausgaben und Dienstleistungen müssen gekürzt werden, bezahlt wird nur, was „wir“ uns leisten können. „Wir“, das ist der Staat, der weiterhin die Unternehmer hegt und pflegt. Die massive Umverteilung auf die Konten der Reichen wird nicht in Frage gestellt, weil schließlich der „Standort Deutschland“ gegen die internationale Konkurrenz behauptet werden muß.

Damit übernimmt Fischer die Propaganda der Unternehmerverbände. Das ist keine Zukunftsmusik sondern Wirklichkeit grüner Politik. Sehr weit fortgeschritten ist diese im Landesverband Bremen. Dort fordert die grüne Opposition die schärfsten Lohnkürzungen und Privatisierungen im öffentlichen Dienst und traute sich noch vor der FDP, Entlassungen zu fordern. Vorstandssprecher Heck meinte, ein Drittel des Mittelbaus bei der Stadtverwaltung sei überflüssig. „Es gibt einige Ämter, die könnte man komplett schließen und es wir-

der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft sollen die betrieblichen Renten gekürzt werden. Die Grünen sind dabei an vorderster Front.

### Bürgerliche Partei

Bremen zeigt auch, was die grüne Partei ausmacht. Im Landesverband gibt es wenige Durzend Aktive. Viele sind kleine Unternehmer oder höhere Angestellte. Dank der geringen Aktivenzahl und der guten Wahlergebnisse ist die Versorgungsquote mit parlamentarischen Posten hoch. Diese Leute haben ihre eigene soziale Frage gelöst, gehören in diesem System zu den Gewinnern. Trotz ihres linken, kritischen, jungen Image sind sie eine bürgerliche Partei von aufstiegsorientierten Mittelschichten mittleren Alters.

Diese soziale Klassenbasis hatten sie zwar früher auch. Anfang der 80er bei ihrem Entstehen auf der Grundlage von Umwelt- und Friedensbewegungen waren die Aktivisten der Grünen auch eher intellektuelle und Kleinbürger. „Die Grünen waren ja selbst in ihren wilden Zeiten nie eine Partei der Arbeiterklasse. Wir waren immer eine bürgerliche Partei.“ hat v. Plohnitz richtig erkannt. Doch viele dieser Schichten gingen damals nach links, sahen die Möglichkeit, durch Mobilisierung und Widerstand

reichen Posten, die das System als Dank für die Regierungstätigkeit anzubieten hat, die Entscheidung erleichtert. Auch ein Teil der Wähler ist nach rechts gegangen: Während 1986 noch 81 Prozent der Grün-Wähler die soziale Frage für wichtig hielten, waren es 95 noch 38 Prozent (emnid-Umfrage, 3. 12. 95).

Die Grünen überholten auf dem Marsch nach rechts sogar die sich flott zur Zweit-CDU entwickelnde SPD. Diese muß, obwohl auch sie stark unter dem Druck der Unternehmer steht, zumindest von Zeit zu Zeit kosmetisch Rücksicht auf die Reste ihrer Arbeitsbasis und -wählerschaft nehmen. Bei den Grünen gibt es kaum noch Gegenruck, weder vom Kernmilieu ihrer Anhänger, denn diese begrüßen den Kurs noch von der „Basis“, denn die meisten sind selbst Mandatsträger.

### Wie weiter?

Mittelfristig ist auch eine Spaltung von Bündnis 90/Grüne nicht auszuschließen. Mit dem Verschwinden der FDP verliert die herrschende Klasse ein wichtiges Instrument zur flexiblen Interessensvertretung und zur Regierungsbildung. Der Realo-Flügel um Fischer zieht die Partei Richtung Öko-FDP. Dazu gehört auch, daß grüne Politiker bei der Mittelstandför-

lassen, würde zu einer Zerteilung der Partei führen.

Noch können die Grünen wegen des Mangels an Alternativen vor allem im Westen auf Wahllebene von der Krise der SPD profitieren. Ihre geringere Verschrückung in den korrupten Poli-Sumpf läßt viele darüber hinwegsehen, daß ihre Politik sich kaum von SPD oder CDU unterscheidet. Gerade bei den Wahlen der letzten einhalb Jahre haben sie dank Schahping Wähler auch aus der arbeitenden Bevölkerung dazugewonnen.

Doch mit wachsender Unzufriedenheit, zunehmender Gegenwehr und der Suche nach Alternativen zum sozialen Kahlschlag werden auch die Grünen in eine tiefere Krise geraten und gerade die zuletzt gewonnenen Wählerschichten vor den Kopf stoßen. Sozialisten müssen WählerInnen der Grünen ansprechen und ihnen eine Alternativen bieten.

Aber mit der Partei selbst wird es immer weniger Berührungspunkte geben. Während sie in den letzten Jahren bei vielen Konflikten ansatzweise auf der richtigen Seite standen, werden sie immer offener auf die Seite der Kapitalisten und ihres Staates übergehen und zum Beispiel bei Auseinandersetzungen um kommunale Haushalte ein klarer Gegner sein.



Da ginnt der Kanzler zufrieden, Ex-Turnschuh-Träger Joschka Fischer beweist jetzt „staatmännische Verantwortung“

# VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 176 Dezember 1995 / Januar 1996

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

## Frankreich - Arbeiter und Studenten sagen:

# Es reicht! Tous ensemble - alle zusammen!

8. Dezember - Die Streikbewegung der französischen Arbeiter und Studenten hat das ganze Land lahmgelegt. Zeitungen in Deutschland schreiben von "bürgerkriegsähnlichen Zuständen" und selbst der DGB-Vostand nutzt Frankreich für eine Warnung an die Bundesregierung (Wir warten auf Taten...!). Die Regierung sucht erfolglos nach der „schweigenden Mehrheit“, die ihre Reformen unterstützt.

### Ulf Petersen, Köln

Aber zwei Drittel aller Franzosen unterstützen den Streik und sind gegen Regierungschef Juppé und Präsident Chirac. Thérèse, eine Ärztin aus Paris, bringt es auf den Punkt: „Den Leuten geht es schon ziemlich schlecht. Wenn also nur ein bißchen mehr

Banken und Bosse regieren, werden die Angriffe weitergehen, wird es steigende Massenarbeitslosigkeit geben. Die Streikenden in Frankreich warten auf ein „Angebot“ der Regierung, viele fordern ihren Sturz - aber es fehlt an Alternativen.

Nötig ist die Ausweitung der Streikbewegung auf den privaten Sektor und eine Vernetzung der örtlichen Streikführungen, um koordiniert vorgehen zu können.

So könnte eine „Gegenregierung“ der Arbeiter gebildet und so verhindert werden, daß die bestehende Regierung den Kampf aussitzt. Die Bewegung braucht auch eine weitergehende politische Alternative: europaweiten Kampf gegen Lohn- und Sozialkürzungen, Privatisierungen und Entlassungen, Sturz der Diktatur von Banken und Konzernen, stattdessen demokratische Kontrolle und Planung der Wirtschaft durch die Arbeiter selbst, Einsatz des Reichtums der kleinen reichen Oberschicht zum Nutzen der ganzen Gesellschaft.

**„Wenn man den Franzosen die Notwendigkeit der Reformen gut erklärt, werden sie sie verstehen.“**  
Alain Juppé, französischer Premierminister am 30. November

wegenommen wird, wird es unmöglich. Jedes Jahr wird es schlechter: sie wollen mehr und mehr Opfer. Wir können das nicht mehr akzeptieren. Jeder demonstriert für sein eigenes bestimmtes Problem, aber eine Sache vereint alle: sie haben genug.“

Nur zehn Prozent der französischen Arbeiter sind in Gewerkschaften organisiert. Es gibt kein Streikgeld, die Streikenden müssen sich finanziell stark einschütten.

Die Arbeiter der einzelnen Betriebe und die Gewerkschafter vor Ort entscheiden selbst über die Ausdehnung und Fortsetzung des Streiks. Die Führung der Gewerkschaften hat keine Kontrolle mehr und sieht sich bis jetzt gezwungen, die Forderung der Streikenden zu verteidigen. Nicht weniger als die Rück-

gesetz und versuchen zusammen gegen die Arbeiter vorzugehen. Wenn die französischen Arbeiter sich jetzt auch nur zum Teil durchsetzen, wäre das ein schwerer Schlag für die Regierenden und die Unternehmer in ganz Europa.

Die Bewegung in Frankreich ist eine große Ermüchtung für Arbeiter und Jugendliche auf der ganzen Welt und macht den Herrschenden gewaltige Kopfschmerzen. Auch wenn die Gewerkschaftsführer am Verhandlungstisch verspielen, was jetzt auf der Straße erkämpft wird, so ist doch viel Selbstbewußtsein und Erfahrung gewonnen worden.

Solange die Macht in den Händen kapitalistische Politiker liegt (auch wenn sie sich sozialistisch oder sozialdemokratisch nennen) und eigentlich

Banken und Bosse regieren, werden die Angriffe weitergehen, wird es steigende Massenarbeitslosigkeit geben.

Die Streikenden in Frankreich warten auf ein „Angebot“ der Regierung, viele fordern ihren Sturz - aber es fehlt an Alternativen.

Nötig ist die Ausweitung der Streikbewegung auf den privaten Sektor und eine Vernetzung der örtlichen Streikführungen, um koordiniert vorgehen zu können.

So könnte eine „Gegenregierung“ der Arbeiter gebildet und so verhindert werden, daß die bestehende Regierung den Kampf aussitzt.

Die Bewegung braucht auch eine weitergehende politische Alternative: europaweiten Kampf gegen Lohn- und Sozialkürzungen, Privatisierungen und Entlassungen, Sturz der Diktatur von Banken und Konzernen, stattdessen demokratische Kontrolle und Planung der Wirtschaft durch die Arbeiter selbst, Einsatz des Reichtums der kleinen reichen Oberschicht zum Nutzen der ganzen Gesellschaft.

Arbeiter und Studenten haben auf den Demonstrationen das sozialistische Kampflied „Die Internationale“ gesungen. Die Erfahrung der eigenen Stärke und Geschlossenheit ist ein Grundstein für eine breite Bewegung für Sozialismus in den kommenden Jahren.

**„Ich habe noch zehn Jahre zu arbeiten, aber vielleicht schaffe ich nicht einmal das. Bei unserer unterirdischen Arbeit, den ganzen Tag in der Feuchtigkeit, bekommst du Rheuma ... Meine Frau ist Deutsche - ich habe den Maastrichter Verträgen aus ganzem Herzen zugestimmt, aber das war's jetzt. Genug! Das ist nicht Europa für die einfachen Leute sondern nur für die Bosse.“**  
Ein Kanalarbeiter aus Paris am 6. Dezember

### Inhalt

|   |      |
|---|------|
| IGM-Chef Zwickels "Bündnis für Arbeit" .....        | S. 5 |
| Nigeria .....                                       | S. 9 |
| SPD und Grüne: Des Kanzlers loyale Opposition ..... | S. 8 |
| Dänischer Busfahrerstreik ...                       | S. 4 |



„Chirac, die nächste Bombe sind wir!“

### Solidaritätserklärung

Von VW-Arbeitern an die Kollegen von Renault Cléon: „Mit großer Begeisterung wird Euer Kampf von den Arbeitern bei VW Kassel beobachtet. In Zeiten globaler Ausbeutung ist Euer Kampf von großer Bedeutung. Bei uns werden zum Beispiel seit Jahren Automatik-Getriebegehäuse für Renault produziert. Euer Streik hat auch die Kapitalisten bei uns getroffen. So hat General Motors Probleme, bei Opel in Eisenach die Produktion aufrecht zu erhalten, da Teile aus Spanien wegen des Eisenbahnstreiks nicht über Frankreich geliefert werden können. Das gleiche gilt für VW in Wolfsburg (...) Wir werden versuchen, weitere Unterstützung zu organisieren.“

## Britannien Neue Partei links von Labour

Der Vorsitzende der britischen Bergarbeitergewerkschaft, Arthur Scargill, hat die Initiative zur Gründung einer neuen „Sozialistischen Labour Party“ (SLP) ergreifen. In einem Strategiepapier, das er in gewerkschaftlichen und linken Kreisen zur Diskussion stellt, begründet er dies mit dem Rechtsruck der alten Labour Party unter Tony Blair und ihrer Abkehr von allen grundlegenden Prinzipien. Sie sei nicht nur vom sozialistischen Ziel abgerückt, sondern auch von allen Reformvorhaben und habe sich „dem Kapitalismus und dem freien Markt“ verschrieben. Durch Veränderungen der Strukturen und demokratische Verfahren

sei es unmöglich geworden, in der Partei für linken Politik zu kämpfen. Daher müssen sich Sozialisten entscheiden, ob sie sich weiterhin unterordnen oder eine neue Partei aufbauen wollen. Scargills Initiative kann die politische Landschaft in Britannien gründlich verändern. In der deutschen Presse wurde darüber bisher nicht berichtet. Doch diese Entwicklung ist nicht nur für Britanniern, sondern international von Bedeutung, da überall der Trend zur Verbürgerlichung der traditionellen sozialdemokratischen Parteien zu beobachten ist.